

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 187.

Montag, den 12. August 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Demokratie und Sozialismus.

Mit Recht hat man immer betont: Sozialismus ohne Demokratie ist ein Unding; Sozialismus setzt Demokratie voraus. Man kann den Satz aber umdrehen, ohne daß er seine Gültigkeit verliert: Wahre Demokratie ohne Sozialismus ist eine Torheit; volle Demokratie setzt Sozialismus voraus.

Auf den ersten Blick wird das vielleicht Widerspruch herausfordern. Aber was heißt Demokratie? „Volks-herrschaft“ ist ja nur eine unzulängliche Wiedergabe dessen, was darin enthalten sein soll. Demokratie bedeutet die Beseitigung aller Privilegien, die sich auf Geburt und Besitz gründen: Gleiches Wahlrecht für alle; gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle; freier Zutritt aller zu den öffentlichen Ämtern und Stellen. Nicht Rang und Vermögen sollen ausschlaggebend sein, sondern innere Tüchtigkeit und ihre Anerkennung durch die Volksgemeinschaft.

Nun muß zunächst schon die Frage auftauchen: Ist es überhaupt möglich, Privilegien und Vorrechte zu beseitigen, solange der Besitz selber erhalten bleibt? Das heißt, der Besitz in seiner heutigen Gestalt, der sich so ungleich auf die einzelnen Glieder der Gesellschaft verteilt und mit einem so gut wie unbegrenzten Verfügungsrecht des einzelnen über seinen Anteil verbunden ist? Theorie und Erfahrung antworten mit einem vernehmlichen „Nein!“ Von einer staatsrechtlichen Gleichheit der Bürger kann solange nur auf dem Papier die Rede sein, als noch der eine durch seine Besitzmasse dem anderen um das Hundert-, ja das Tausendfache wirtschaftlich überlegen ist. Was nützt das „gleiche Bürgerrecht“ jenem besitzlosen Arbeiter, der, um nicht zu verhungern, tagaus, tagein und Jahr für Jahr um dürftigen Lohn von früh bis spät in fremder Werkstatt fronden muß? Sein Arbeitgeber kann ihn ja einfach hindern, von seinen Rechten Gebrauch zu machen. Wir wissen von Tausenden von Maßregelungen solcher Arbeiter, die anders wählten, als ihr Dienstgeber es wollte, oder die sich gegen seinen Willen einer Organisation anschlossen. Gewiß, es ist leicht, ein Gesetz zu erlassen, daß derartige Maßregelungen strafbar sein sollen. Aber schwer wird es sein, ein solches Gesetz auch durchzuführen. Wie, wenn ein Arbeitgeber in aller Form die Kündigung ausspricht? Wer will beweisen, daß sie eine „Maßregelung“ ist? — Aber angenommen auch, ein Verbot von Maßregelungen würde erlassen und befolgt. Wäre damit schon die staatsbürgerliche Gleichheit hergestellt? Der Besitzende, der andere mit seinem Kapital arbeiten lassen kann, und seinen Profit, sein Einkommen erhält, auch ohne daß er selber einen Finger rührt, — der hat den ganzen Tag Zeit, sich politisch zu bilden und zu bereichern, so daß er, vorausgesetzt, daß seine Fähigkeiten dazu reichen, auch einmal aus einem Geführten ein Führer, aus einem Wähler ein Gewählter werden kann. Wir wissen, daß die wunderbare Opferfreudigkeit, der glänzende Idealismus der unteren Klassen, verbunden mit einer guten Organisation, heute diesen Mangel vielfach ausgleichen; doch nicht überall und immer. Und es kann die Zeit kommen, da, schon im eigensten Selbstinteresse, auch die Besitzenden sich weit eifriger politischer Betätigung widmen, als es heute der Fall ist. Je mehr die Demokratie marschiert, um so stärker wird das der Fall sein.

Oder ein anderes Beispiel. Gut, die Demokratie schafft gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle. Die Einheitschule als unterste Stufe des Bildungsweges wird durchgeführt. Aber glaubt einer wirklich, daß damit schon die Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder gleich sind? Wird deshalb wirklich schon Tüchtigkeit und Fähigkeit die Untüchtigkeit und Unfähigkeit überflügeln können? Oder sollte das nicht am Ende durchkreuzt und immer wieder durchkreuzt werden dadurch, daß das eine Kind fast in die Schule kommt und das andere hungrig? Daß der eine Junge in Ruhe und Frieden daheim seine Arbeiten erledigen kann, während der andere in einem dumpfen Loch sitzt, umlärmt von den Spielen der Geschwister, gestört durch das Geklämmere in der Werkstatt nebenan — wenn nicht gar durch die Tätigkeit, die ihm selber zugemutet wird, damit er hilft, der Familie ein paar Groschen zu verdienen!

Ach nein, die rechtliche Gleichheit allein macht es nicht. Sie muß, soll sie in volle Wirksamkeit treten, ergänzt werden durch die wirtschaftliche Gleichheit, durch die Identität der Existenzbedingungen. Wie staatsrechtlich keiner von vornherein mehr sein darf als der andere, so auch

wirtschaftlich nicht; wie es rechtlich nicht Herren und Sklaven — oder auch Herren und Untertanen — geben darf, so muß auch das wirtschaftliche Herrschaftsverhältnis beseitigt werden. Dann erst wird sich die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller wirklich entfalten können.

Aufhebung der wirtschaftlichen Übermacht des einen über den anderen bedeutet aber nichts anderes als Beseitigung des privaten Besitzes an den Produktionsmitteln, bedeutet eben den Sozialismus. So wird er tatsächlich die Voraussetzung für die staatsrechtliche Demokratie.

Aber es kommt auch noch ein anderer Gesichtspunkt in Frage. Wenn Demokratie Herrschaft des Volkswillens bedeutet, — warum soll diese Herrschaft dann auf halbem Wege Halt machen und sich nicht voll entfalten dürfen? Warum soll etwa der Wille des Volkes nur entscheiden, ob Herr Meier als Besitzer einer Fabrik seine Arbeiter acht oder neun Stunden arbeiten lassen darf (solche Entscheidungen sind ja schon heute nichts Seltenes mehr), nicht aber auch, wieviel Waren in der Fabrik des Herrn Meier im Jahre hergestellt werden dürfen? Das letztere gilt heute als absolut unzulässig, denn das wäre ja — Sozialismus. Allerdings; damit ist noch nichts erklärt. Warum soll dieses und ein Duzend anderer Gebiete der Entscheidung des Volkswillens vorenthalten werden? Ist etwa das Volksganze weniger daran interessiert? Ist das etwa eine Sache, die einzig Herrn Meier angeht? Tatsache ist doch, daß die unregelmäßige Produktion mit all ihren Begleiterscheinungen und Folgen, den schwankenden Konjunkturen und Krisen, der damit verbundenen Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit, — daß all das von allergrößter Bedeutung für die gesamte Volkswohlfahrt ist. Es kann deshalb, bei Richte besehen, keinen Grund geben, Fragen von solcher Wichtigkeit der Entscheidung, der Ordnung und Regelung durch die Gesamtheit, bezw. ihre Vertretung, vorzuenthalten.

Solange der Wille des Volkes überall auf Grenzen stößt, haben wir eben keine Volksherrschaft, keine Demokratie. Volle Demokratie bedingt die Entscheidung des Volkes über alles, was für die Volkswohlfahrt in Frage kommt, was zur Erhaltung von Ruhe und Frieden geschehen soll. Wahre Demokratie bedingt den Gemeinbesitz, der die Macht der Entscheidung gibt, auch an den Faktoren der Produktion, das heißt: den Sozialismus. Der Sozialismus ist nur die Konsequenz der wahrhaften Demokratie.

Es ist historisch zu verstehen, wenn diese Konsequenz nicht gleich erkannt und oft ausdrücklich zurückgewiesen wurde, — in jener Zeit, da die Besitzuntertänigkeit noch nicht so gewaltig waren wie heute, da der gewerbliche Mittelstand noch blühte, und größere Unternehmungen mit einem Besitzer und Hunderten von Arbeitnehmern eine Seltenheit waren. Damals war die wirtschaftliche Stellung des einzelnen noch nicht so entscheidend für das Maß seiner politischen Rechte und die Möglichkeit, sie auch auszuüben. Es war um so natürlicher, daß man die „Volksherrschaft“ Halt machen lassen wollte vor allen Eingriffen in das Getriebe der Produktion, als diese Produktion sich im wesentlichen tatsächlich noch ohne schwere allgemeine Krisen nach Angebot und Nachfrage regelte, es fehlte die Massenfabrikation, es fehlte die nationale und erst recht die internationale Konkurrenz, die heute treibt und treibt und der privaten Produktion das Wilde, Gefährliche gibt. So lange der Kleinbetrieb herrschte, war es ja beinahe eine Utopie, von Vergesellschaftung und Verstaatlichung der Betriebe zu sprechen; der Großbetrieb erst macht sie möglich — aber nicht nur das, er erfordert sie nun auch geheimerisch.

So konnte die kleinbürgerliche Demokratie früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte ohne die Konsequenz des Sozialismus auskommen. Doch inzwischen sind die Zeiten andere geworden. Eine Demokratie, die nicht auch den Sozialismus will, ist heute keine volle, keine ganze Demokratie mehr. Den Satten und Besitzenden mag das nicht so vor Augen treten; sie fühlen es nicht so, wie sehr die wirtschaftliche Ungleichheit die staatsbürgerlichen Rechte beeinflussen muß. Die Hungerigen, die Abhängigen, die in wirtschaftlicher Knechtschaft Lebenden, diese fühlen es. Und darum fand bei ihnen auch von vornherein die sozialistische Demokratie das große Verständnis. Deshalb wurzelt sie bei ihnen fest und unausrottbar. Und wie bisher, so wird und muß ihr Kampf auch fortan gelten nicht bloß der halben, sondern der ganzen Demokratie. Das heißt aber der Demokratie und dem Sozialismus.

Zum Grubenunglück auf der Zeche „Lothringen“ bei Bochum.

Die armen Bergleute! Überall stößt man im Ruhrgebiet auf diesen Ausspruch, sei es in der Bahn, auf der Straße, in der Wirtschaft oder in der Zeitung. Die Zeiten

ändern sich. Noch vor wenigen Monaten verlangte man gegen dieselben armen Bergleute nach Polizei und Militär. Maschinengewehre wurden gegen die, für mehr Luft, für mehr Licht, für mehr Lebensschutz kämpfenden Bergleute aufgeföhren. Nicht schnell genug konnte der Kampf niedergedrückt, erdrückt werden. Und jetzt dieses Bedauern! Der Ruhrbergmann kennt dieses Gebahren schon und nennt es Heuchelei.

In wenigen Tagen sind die Klagen verstummt. Das Ruhrgebiet ist um ein Massengrab reicher und — alles ist in Ordnung!

Die Zeche „Lothringen“ und ihre Verwaltung war schon oft der Gegenstand heftiger Kritik und zwar mit vollem Recht. Nirgends ist die Bedrückung, die Gefinnungslosigkeit, die Denunziantenlastererei größer wie auf Zeche „Lothringen“. Die Zeche liegt in der Gemeinde Gerthe. Diese Gemeinde hat ungefähr 10 000 Einwohner. Das ganze Gemeinwesen wird aber von der Zechenverwaltung beherrscht. Bei Gemeindevahlen müssen sich die Beamten unter Anführung des Betriebsführers Bims mit Wucht in den Wahlkampf stürzen. Unter Androhung der Bratlosmachung wurden bei der letzten Wahl die Bergarbeiter aufgefordert, den Kandidaten der Zeche zu wählen. Der Kaplan der katholischen Gemeinde wagte es, gegen den Stachel zu lecken. Er wählte einen polnischen Kaufmann, der katholischer Religion war. Das sollte für den Herrn Kaplan zum Verhängnis werden; der katholische sowohl wie der evangelische Geistliche der Gemeinde Gerthe hatten es bis dahin nicht verschmäht, von der Zeche „Lothringen“ ein jährliches Geschenk von je 600 Mk. anzunehmen. Mit dem Tage, wo der Herr Kaplan nicht den Kandidaten der Zeche gewählt hatte, wurde ihm das jährliche Geschenk entzogen. Wenn die Zechenverwaltung gegen einen Kaplan so vorgeht, kann man sich denken, wie man die Arbeiter behandelt. Am besten gehaßt sind die Vertrauensleute der Organisation, die Knappschäftsältesten und Sicherheitsmänner. Ein je neun Jahren auf der Zeche beschäftigter Bergmann wurde gekündigt, als er zum Sicherheitsmann gewählt worden war; die treibende Kraft war auch hier wieder der Betriebsleiter Bims. Als der Sicherheitsmann gleich nach seiner Wahl zum Zwecke der Kontrolle einfahren wollte, wurde ihm dies verweigert. Er ersuchte gegen den Betriebsführer Anzeige, und das Gericht erkannte, wegen Behinderung eines Sicherheitsmannes in Ausübung seines Amtes auf eine Geldstrafe von — 15 Mk. Bei Nachwahl für einen Sicherheitsmann, am 13. Dezember 1910, wurde ein junger Bergarbeiter sofort entlassen, weil er sich weigerte, einen Stimmzettel mit dem Namen des Zechenkandidaten anzunehmen. Das Gesetz bestimmt, daß die Zechenverwaltung weiß, unbeschriebene Stimmzettel zu liefern hat. Die Wahl wurde damals für ungültig erklärt und begründend führte das Oberbergamt aus: „daß durch das Verhalten einiger mit der Ausgabe der Wahlzettel an die wahlberechtigten Arbeiter betrauten Beamten der Zeche „Lothringen“ die vom Gesetz verlangte geheime Wahl und das Recht der Wahlberechtigten auf unabhängige und unbeflusste Betätigung ihres Wahlrechts in einzelnen Fällen in Frage gestellt worden ist.“ Das ist sehr gelinde ausgedrückt. — Die Beschwerde an das Oberbergamt in obiger Wahl war von zwei Mitgliedern des Arbeiterausschusses eingelegt. Diese beiden Leute und noch ein Knappschäftsältester wurden dann im Mai 1911 entlassen. Mehr als einmal sind von den Sicherheitsmännern bei den Revisionen Weiter festgestellt und auch in das Fahrbuch eingetragen worden.

Als die Explosion am 8. August sich ereignet hatte, konnte man überall von den Bergarbeitern hören: „Es ist ein Wunder, daß es hier so lange gut gegangen ist.“

Will man denn nun endlich bald auf die Klagen der Bergarbeiter hören. Werden nun wirklich bald Arbeiterkontrollen kommen, welche frei und unabhängig ihres Amtes walten können, so wie es die gefährvolle Berufsarbeit der Bergarbeiter erfordert? Der Keim zur Massenkatastrophe ist täglich im Ruhrbergbau vorhanden. Wenn nicht bald Änderung erfolgt, wird diesem „Lothringen“ trotz Sicherheitsmännern vielleicht sehr bald noch ein Nachb folgen.

Erstaunlich ist die Bestimmtheit, mit der der Bergrat Döbbslein in der Lage war, dem Kaiser bei seinem halbtägigen Besuch auf der Unglückszeche zu sagen, welches die Ursache des Unglücks sei: Einzig das Abblen eines Sprengschusses, bevor der Ort ganz frei von Wetter war. Zwar lebt keiner von der Steigerabteilung Pösmann mehr, die die fragliche Gesteinsarbeit im Querschlag verrichtete. Zwar ist die Angabe, daß der Schuß abgeblasen worden, obwohl ein Beamter zugegen gewesen — womit nur der Steiger Pösmann gemeint sein kann — ganz und gar nicht dazu angetan, die geäußerte Ansicht über die Ursache des Unglücks glaubhaft erscheinen zu lassen.

Wie nun, wenn die Sache sich dennoch nicht erklären ließe? Wie, wenn die Frage aufgeworfen wird, wie es möglich war, daß die Folgen so außerordentlich groß sein konnten? Wie, wenn die Frage nach der Mitwirkung von Kohlenstaub aufgeworfen wird?

Was lag näher, als den zuständigen Sicherheitsmann zu hören, der ein sehr erfahrener Bergmann ist und der die fraglichen Reviere und ihre Verhältnisse genau kennt! Der auch seit Donnerstag mittag an den Rettungsarbeiten beteiligt war und so einen Einblick in die augenblicklichen Verhältnisse der Grube gewonnen haben wird.

Der Sicherheitsmann wurde nicht gehört, so nahe das gelegen hätte. Er wurde dem Kaiser nicht vorgestellt, er wurde nicht einmal auf dem Zechenplatz gelassen. Warum nicht? Etwa weil er nur noch der einzige vom alten Verband aufgestellte und gewählte Sicherheitsmann auf „Lothringen“ ist? Hatte man etwas zu fürchten, wenn er zum Reden gekommen wäre? Fürchtete man etwa einen Eindruck, wie ihn der Prinz Eitel Friedrich auf Radbod aus der Unterredung mit der spontanen konstituierten Arbeiterdeputation mit nach Hause genommen?

Sei dem wie ihm wolle. Die Akten über „Lothringen“ sind noch nicht geschlossen!

Von amtlicher Seite wird der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ mitgeteilt, es habe sich um eine durch einen Schuß entzündete Schlagwettersexplosion gehandelt, an deren Flamme sich der Kohlenstaub entzündete. Die Frage, ob die Bergleute schwere Leiden erlitten und einen qualvollen Tod gefunden haben, ist mit einem entscheidenden Nein zu beantworten. Durch das Verbrennen des Kohlenstaubs wird aller Sauerstoff sofort verzehrt, so daß die Arbeiter, die durch die Flammen nicht schon getötet wurden, gleich ersticken. Sie werden kaum noch eine Minute gelebt haben; bei den 25 Bergleuten, die aus anderen Revieren stammten und die schwer verletzt wurden, dürfte der Luftdruck die Schuld tragen. Der Luftdruck kann bei solchen Explosionen so stark sein, daß Wagen umgeworfen, Stempel umgestoßen und die Menschen, wie von unsichtbaren Händen erfaßt, an die Wand geschleudert werden.

Diese amtliche Darstellung besagt eigentlich recht wenig, wie es auch ein schwacher Trost für die Witwen und Waisen ist, daß die Verunglückten nicht schwer haben leiden müssen.

Einschließlich der im Krankenhaus Bergmannsheil verstorbenen beläuft sich die Zahl der tödlich verunglückten Bergleute auf 110 Personen. Von diesen waren, soweit bisher festgestellt werden konnte, 74 verheiratet, 36 ledig. Die Verheirateten haben 74 Witwen und 214 Kinder hinterlassen.

Die Beerdigung der auf Zech „Lothringen“ verunglückten Bergleute findet, wie nunmehr endgültig feststeht, Montag nachmittag 4 Uhr auf dem Gemeinde-Friedhofe in Gerthe von der Zech aus statt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Leistungen der Arbeiterversicherung.

Nach einer im Reichsversicherungsamt gefertigten Zusammenstellung beträgt die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis einschließlich 30. Juni 1912 von den 31 Landesversicherungsanstalten und den zehn vorhandenen Sonderanstalten bewilligten Invalidenrenten 2043351. Davon sind 33234 in dem letzten Kalendervierteljahr festgesetzt worden. Infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus anderen Gründen sind bereits 1690297 Invalidenrenten weggefallen, so daß am 1. Juli 1912 noch 953057 Invalidenrenten liefen. Ihre Zahl hat sich jenseit gegen den 1. April 1912 um 8074 erhöht. Krankenrenten wurden in der Zeit vom 1. Januar 1900 bis einschließlich 30. Juni 1912 132792 bewilligt. Davon sind 2835 in dem letzten Kalendervierteljahr festgesetzt worden. Infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen sind bereits 116926 Krankenrenten weggefallen, so daß am 1. Juli 1912 noch 15866 Krankenrenten liefen. Ihre Zahl hat sich jenseit gegen den 1. April 1912 um 2 erhöht. Die Zahl der während desselben Zeitraumes bewilligten Altersrenten (§ 9, Abs. 4 des Invalidenversicherungsgesetzes und § 1257 der Reichsversicherungsordnung) beträgt 510838. Davon sind 2937 in dem letzten Kalendervierteljahr festgesetzt worden. Infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten oder aus anderen Gründen sind bereits 419507 Altersrenten weggefallen, so daß am 1. Juli 1912 noch 91331 Altersrenten liefen. Ihre Zahl hat sich jenseit gegen den 1. April 1912 um 1254 vermindert. Seit dem 1. Januar 1912 ist der Invalidenversicherung die Hinterbliebenenversicherung angegliedert worden. Bis 30. Juni 1912 ist Witwenrente und Waisenrente in 928 Fällen, Witwenkinderrente in 17 Fällen, Waisenrente in 3716 Fällen, Witwengeld in 1050 Fällen und Waisenaussteuer in 9 Fällen bewilligt worden.

Natürlich muß diese Nachweisung bürgerlicher Blätter wieder dazu dienen, den „Segen der Sozialversicherung“ überauswiegend zu loben.

Der „Deutschbund“ gegen die Sozialdemokratie.

Der in den weißen Kreisen völlig unbekannte „Deutschbund“ hat auf seinem in Frankfurt stattgefundenen „Bundesstag“ folgende Resolution gefaßt:

„Der „Deutschbund“ erkennt in der ausrichtsvoll emporkommenden wirtschaftsfeindlichen vaterländischen Arbeiterbewegung eine wichtige Kraft gegen die sozialdemokratische Gefahr und für den Wiederaufbau aller Schichten des deutschen Volkes zu einem nationalbewußten Ganzen. Er begrüßt mit großer Freude die rege Arbeit der im „Hauptauschuß nationaler Arbeiterverbände“ organisierten Berufs-, Gewerkschafts- und Arbeitervereine und hofft, daß die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen

sich auf der Grundlage des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und gegen den Terrorismus der Gewerkschaften zu friedlicher Gemeinsamkeit einigen werden. Es ist eine dringende Pflicht aller nationalen Verbände an diesem durch den Hauptauschuß begangenen nationalen Gedenktag in unserer Arbeiterschaft nicht nur mit Sympathie beizustimmen, sondern auch mit helfender Hand teilzunehmen.“

Wir nehmen von der Resolution nur Notiz der Rührigkeit halber, nicht etwa deswegen, weil wir ihr irgendwelche Bedeutung beimessen. Alle erdenklichen, völlig bedeutungslosen Grüppchen resolvieren heute gegen die Sozialdemokratie und für die gelbe Unternehmerschutztruppe. Dabei ist es stets der gleiche Personenkreis, der da immer unter einem anderen Namen sich so unangenehm bemerkbar macht. Einmal als „Alldeutsche“, dann als „Deutschbund“, schließlich als „Hauptauschuß“ und zur Abwechslung wieder einmal unter der eigentlichen Firma: „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“, machen stets die gleichen Leute ein Wesen von sich, das in umgekehrtem Verhältnis zu ihrem Einfluß und ihrer Bedeutung steht. Die diversen Generale a. D. und j. D. scheinen kein Gefühl dafür zu haben, daß man sie schon längst nur noch von der komischen Seite nimmt.

Die Erbschaften für die Angestellten.

Nach dem Gesetz über die Angestelltenversicherung bestimmt der Bundesrat auf Antrag, welche Kassen als Erbschaften zugelassen werden. Allgemein wurde diese Bestimmung dahin aufgefaßt, daß der Bundesrat bestimmte Normen in den Ausführungsbestimmungen über die Zulassung von Erbschaften festsetzen werde. Nach einer offiziellen Korrespondenz sind solche Ausführungsbestimmungen nicht in Aussicht genommen, da die Entscheidung über die Zulassung einer Kasse als Erbschaft nur nach Lage des einzelnen Falles getroffen werden soll.

Unteroffiziere als Gutsbesitzer.

Die Frage der Versorgung der Unteroffiziere wird in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ in einem langen Artikel eingehend erörtert. Während der Beratung des Militär-Etats im Reichstag war von verschiedenen Seiten auf die Schwierigkeit hingewiesen worden, einen geeigneten Unteroffizier zu bekommen, weil die Versorgung der ausgedienten Unteroffiziere nicht so geregelt sei, daß sie einen Ansporn bieten könne, längere Zeit als Unteroffiziere zu dienen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ empfiehlt nun, geeignete Unteroffiziere wieder in ihre früheren Verhältnisse zurückzuführen, in die Landwirtschaft und zwar als Ansiedler oder Rentengutsbesitzer. Natürlich fehlen den Unteroffizieren die Mittel, sich ein Gut zu kaufen, weil sie sonst eben die Unteroffizierslaufbahn überhaupt nicht eingeschlagen hätten. Hier legt nun der Vorschlag der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ ein, der darauf hinausläuft, von den Aufwendungen für Zwecke der inneren Kolonisation einige Millionen Mark abzugewinnen und sie dem Kriegsministerium zum Zwecke der Ansiedlung von Unteroffizieren zu überweisen. Das Scharfmaßblatt glaubt, daß der Unteroffiziersersatz besser würde, wenn die Leute müßten, daß sie später gewissermaßen als Belohnung in den Besitz eines Rentengutes gelangen können. Wie viele Millionen dazu notwendig wären und woher diese Summen schließlich genommen werden sollen, das sind Fragen, die ein Blatt vom Schlage der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ nicht weiter berühren. Umso mehr muß vom Standpunkte des Steuerzahlers aus Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß hier zugunsten einer relativ kleinen Gruppe enorme Aufwendungen aus Mitteln der Allgemeinheit gemacht werden sollen.

Grenzen zu!

Die „Allgemeine Fleischzeitung“ hat aus Anlaß eines Briefes eines Farmers und Viehhändlers aus Swakopmund, der über mangelnden Absatz klagte, eine Rundfrage an Reichstagsabgeordnete gerichtet, wie sie sich zu der Einführung südwestafrikanischen Viehes in Deutschland stellen. Die Anfrage ist an Abgeordnete aller Parteien ergangen und ihre Antworten stellen daher eine bunte Musterkarte verschiedener Ansichten dar. Bewundernswert ist wieder die Demagogie der Zentrumsabgeordneten, die sich zum großen Teil, unbekümmert um die Verpflichtung ihrer Partei auf den Zehnacher, für die Einfuhr aussprechen. Ob etwa deshalb, weil sie annehmen, daß aus der Geschichte wegen der hohen Transportkosten doch nichts werden kann? Das ist nämlich der Haken bei der Sache. Viel rationaler wäre es natürlich, das Vieh aus den Nachbarstaaten Deutschlands einzuführen, anstatt es den langen Seeweg von Swakopmund bis Hamburg oder Bremen zu transportieren. Doch es soll ja nicht nur die deutsche Fleischnot gestillt werden, sondern auch gleichzeitig der vor dem Kach stehenden Kolonien auf die Beine geholfen werden. Da ist es nun interessant, wie dieser Gedankenspaß den Junkern ganz Wurst ist. Die „Kreuzzeitung“ geht in einem ausführlichen Leitartikel gegen den Gedanken los, die Kolonien zu Fleischlieferanten Deutschlands zu machen. Die Grenzen müssen gesperrt bleiben, einerlei, ob die gefährlichen Rinder, die die Viehpreise in Deutschland drücken könnten, aus dem Auslande oder aus einer deutschen Kolonie kommen. Beim Geldbeutel hört alle koloniale Begeisterung unserer Junker auf. Lieber verkaufen sie sämtliche Kolonien auf Abbruch, als daß sie erlauben, die Lebensmittelversorgung durch koloniale Einfuhr zu mildern zu lassen.

Anstaltschpione.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß diplomatische Verhandlungen zwischen der deutschen und der russischen Regierung im Gange seien, die den Zweck hätten, den wegen Spionage verhafteten russischen Hauptmann Koffewitsch wieder in Freiheit zu setzen. Die Meldung klang im Hinblick auf das so ausgeprägte deutsche Rechtsbewußtsein wie ein schlechter Scherz, und die offiziöse Demantierung war sofort bei der Hand. Jetzt kommt aber die Meldung aus Leipzig, daß am Sonnabend nachmittag um 5 Uhr 10 Minuten die vorläufige Haftentlassung des russischen Artillerie-Hauptmanns Koffewitsch gegen Stellung einer Kaution von dreißigtausend Mark erfolgt sei. Gleichzeitig wurde nach einer Meldung aus Warschau dort ebenfalls am Sonnabend nachmittag gegen Hinterlegung des gleichen Betrages der vor einigen Wochen verhaftete

preussische Leutnant Dähni, der beim Niederländischen Feldartillerie-Regiment Nr. 46 steht, dessen Standorte Waffenbillet und Celle sind, und zwecks Vervollkommnung in der russischen Sprache nach Rußland beurlaubt war, auf freien Fuß gesetzt. Die genannten Geldbeträge wurden bereits vor einigen Tagen in Berlin und Petersburg eingezahlt. Beiden Offizieren soll es gestattet worden sein, sich in ihre Heimat zu begeben, jedoch haben sie sich verpflichten müssen, zum Verhandlungstermin wieder vor Gericht zu erscheinen.

Die Haftentlassung der beiden Spione scheint also festzustehen. Wann die Verhandlung sein wird, ob sie überhaupt noch stattfindet, und ob die beiden Freigelassenen noch zu erscheinen haben werden, ist mehr als fraglich. Es geht im Rechtsstaat Preußen also auch so. Die rechtsstehenden Blätter, wie die „Deutsche Tageszeitung“, finden den Fall recht bedenklich.

Die Veteranenfürsorge.

Ein erhöhtes Interesse wird den Veteranen nach dem letzten „großen Falle“ zugewendet. So berichtet jetzt eine Nachrichtenstelle, daß an denjenigen Stellen, die etwaige Vorbereitungen hierfür zu treffen haben, das größte Interesse für die möglichste Sicherstellung des Lebensabends der Männer vorherrscht, die das geeinte Deutschland mit haben schaffen helfen.

Die Hoffnungen, die diese Zeilen erwecken, werden aber sofort wieder beseitigt, indem angeführt wird, daß es sich „nur darum handle, ob und gegebenenfalls in welchem Maße die finanziellen Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben, überwunden werden können.“ Man werde gegenwärtig noch damit rechnen müssen, daß etwa 400 000 Kriegsveteranen im Deutschen Reich vorhanden sind. Daß ein großer Teil davon hilfsbedürftig ist, sei sicher, namentlich wenn der Begriff hilfsbedürftig so ausgelegt wird, wie dies nach der letzten Bundesratsinstruktion der Fall ist. Doch schon werden im Haushaltsetat 29 Millionen für diesen Zweck ausgesetzt. Inwiefern daher die Gerechtigkeit der Frage von neuem Aufmerksamkeit zuzuwenden, werde wesentlich von der Überwindung der finanziellen Schwierigkeiten abhängen. — Das heißt also, für die Veteranen wird nicht viel mehr als bisher getan werden.

Weiteres Steigen der Fleischpreise.

Aus Köln wird gemeldet: In den letzten Tagen fanden am Niederrhein mehrere Versammlungen der Metzgermeister und Viehhändler mit Vertretern der städtischen Behörden statt, in denen bekannt gegeben wurde, daß in den nächsten Tagen nicht unbeträchtliche Erhöhungen der Fleischpreise eintreten müßten. Die Metzger betonten, daß sämtliche Viehsorten im Preise auf eine nie dagewesene Höhe gestiegen seien, sodaß bei dem Fortbestehen der heutigen Verkaufspreise zahlreiche Existenzen ruiniert würden. Von mehreren Stadtverwaltungen wurde erklärt, daß man sich bereits an das Ministerium zur Herabsetzung der Zölle gewandt habe, indessen ohne Erfolg. Es sollen erneute Eingaben gemacht werden, in denen gebeten wird, den 20½ Pfg. betragenden Zoll auf 1 Pfund dänisches Rindfleisch auf die Hälfte herabzusetzen.

Trotzdem wird man den Agrariern zuliebe die Grenzen nicht öffnen, um dem deutschen Volke billigere Fleisch- und Nahrungsmittel zu bieten.

Der Deutsche Katholikentag.

Mit großem Tamtam hat am Sonntag in Aachen die 59. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands begonnen. Alle Vorbereitungen sind getroffen, damit kein Misklang von Belang in die Feststimmung kommt. Nach neuerer Meldung ist auf dem Katholikentag eine lebhafteste Bewegung gegen das Jesuitengesetz in Aussicht genommen. Es werde eine Resolution zur Annahme vorgelegt werden, die die Aufhebung des Jesuitengesetzes fordert.

Beihilfen an Pensionäre der Reichseisenbahnen.

Eine halbamtliche Korrespondenz meldet: „Im Reichshaushalt ist ein Betrag von 60 000 Mk. enthalten zu Beihilfen an bedürftige Pensionäre der Reichseisenbahnen, deren Ruhegehalt hinter 300 Mk. zurückbleibt, sowie zu Beihilfen an bedürftige Hinterbliebene von Beamten und Pensionären zum Ausgleich dafür, daß ihnen die Vorteile der neueren Versorgungsgegebungen nicht zuteil werden. Es handelt sich hierbei also um eine Klasse von pensionierten Beamten und deren Hinterbliebenen, die im besondern Maße als hilfsbedürftig anzusehen sind. Trotzdem ist die auffallende Tatsache festzustellen, daß dieser Fonds in den letzten Jahren niemals auch nur annähernd in seinem ganzen Umfang in Anspruch genommen ist. Im Jahre 1910 war der Fonds nur etwa zur Hälfte zu Beihilfen verwendet und im Jahre vorher in noch geringerem Umfang.“

Es ist besser, man erinnert die Pensionäre rechtzeitig an die Hilfsquellen, ehe ein 300-Mark-Pensionär vor Hunger auf der Straße umfällt. Und so wird in der Meldung weiter gesagt: „Wenn man die wiederholten Bestrebungen der Altpensionäre aller Verwaltungen im Reich und in Preußen zur Erlangung besserer Versorgungsbedingungen berücksichtigt, so ist es schwer verständlich, daß bei der Reichseisenbahnverwaltung die zur Unterstützung gerade besonders hilfsbedürftiger Kreise vorhandenen Mittel nur in so geringem Grade zur Verwendung gelangt sind. Für die Verwendung des Fonds besteht naturgemäß der Grundsatz, daß die Bewilligungen nur auf Grund von Anträgen geschehen. Tatsächlich haben aber derartige Anträge nicht in einem Umfang vorgelegen, der zu einer vollkommenen Verwendung der Mittel Anlaß gegeben hätte. Diese Erscheinung ist zweifellos nur auf Unkenntnis der beteiligten Kreise über das Bestehen des Fonds zurückzuführen. Es ist anzunehmen, daß die Gesuche um Beihilfen in weit größerer Zahl eingehen werden, wenn unter den Berechtigten die Kenntnis von der Möglichkeit, Unterstützungen zu erhalten, eine allgemeine wäre.“

Ja, wenn die Erlangung dieser Zuschüsse nicht so schwierig gemacht würde!

Rechtzeitige, planmäßige und systematische Schulung der Zentrumsmitglieder.

verlangt die „Köln. Volkszeitung“: „Man müßte jeden Reichstagswahlkreis in kleinere Bezirke zerlegen, hier eine Art Unterrichtskommission bilden und dieser ein deu

Verhältnisse des Kreises angepaßtes Programm zur Durchführung übergeben. Die Lehrkräfte sind leicht zu gewinnen, wenn erst wirklich der Anfang gemacht ist. Man soll nur die Spezialgebiete entsprechend abgrenzen und für Austausch von Rednern in den benachbarten Gemeinden sorgen. In diesen kleinen und kleinsten Versammlungen werden oft greifbare Erfolge erzielt als in den glänzendsten Massenversammlungen.

Die erste Reichskonferenz liberaler Arbeiter wurde am Sonnabend in Leipzig eröffnet. Nach dem „Berl. Tageblatt“ begrüßte der Vorsitzende des liberalen Arbeitervereins Leipzig, Viehweger, namens seines Vereins die Erschienenen und schloß in kurzer Ansprache die Notwendigkeit der Gründung einer liberalen Arbeiterbewegung. Gerade hier in Leipzig auf historischem Boden wolle man sich über die Zwecke und Ziele der liberalen Arbeiterbewegung aussprechen. Die neue Organisation wolle keine Eigenbrödelei und keine selbständige Organisation im Gegensatz zu der Partei begründen; aber es sei notwendig, die Arbeiterinteressen innerhalb des Liberalismus stärker zu betonen und den liberalen Arbeitern bei der Ausübung ihres Wahlrechts einen größeren Schutz zu gewährleisten. Von den Verhandlungen erhoffe er Ernst und Sachlichkeit. Die liberale Arbeiterbewegung müsse kräftiger und energischer auftreten, damit man sie überall höre. — Die Hauptverhandlungen begannen am Sonntag.

Türkei. Die Aufstandsbewegung in Albanien ist in völligem Abflauen begriffen, da den Albanesen eröffnet wurde, daß mit der Auflösung der Kammer ihren Wünschen entsprochen worden sei. Über andere Forderungen müßte durch das neue Parlament entschieden werden. Diese Forderungen sind jetzt formuliert worden. Die Führer der Albanen haben Ibrahim Bozha ein Schriftstück, das zwölf Forderungen enthält, übergeben, deren Bewilligung die Albanen verlangen. Die Forderungen lauten: 1. Erhebung und Befreiung von Steuern und Abgaben sowie Organisation der Finanzgebarung auf Grund der für Albanien maßgebenden Verhältnisse. 2. Leistung des Militärdienstes nur in rumelischen Provinzen, ausgenommen im Kriegsfall, in dem die Albanen auch in andere Reichsteile gehen wollen. 3. Ernennung ehrlicher die Landessprache kennender Beamten. 4. Errichtung von Vorkurschulen. 5. Vermehrung der Anstalten für Aufzuchtunterricht. 6. Schulunterricht in mehreren Sprachen. 7. Bau von Straßen und Eisenbahnen zur Hebung des Handels. 8. Absolute Freiheit betreffend Einrichtung von Privatschulen. 9. Organisation der Rajhes (Verwaltungsbezirke). 10. Die Mitglieder des Kabinetts Suid sollen zur Verantwortung gezogen werden. 11. Generalamnestie. 12. Wiederauslieferung der den Albanen abgenommenen Waffen.

Marokko. Muley Hafid will jetzt mit seiner schon lange geplanten Abdankung Ernst machen. Heute erwartet man seine Abdankung und zwar will er dieselbe mit — Gesundheitsrückichten, dieser beliebten Ausrede, motivieren. Wie es heißt, will er einen seiner Brüder als Nachfolger empfehlen. Wenn derselbe sich den französischen Wünschen unterwirft, hat er Aussicht, Herrscher von Frankreich und nebenbei von Gottes Gnaden zu werden.

Persien. Schlane Leute. Das englische offizielle „Reuterische Bureau“ erzählt, die englische Regierung habe eingewilligt, Persien einen weiteren Vorstoß zu gewähren, um die persische Regierung darin zu unterstützen, der Lage im Süden Persiens wirksam zu begegnen. — Durch diesen Vorstoß wird die Schnur, die um den persischen Hals geworfen ist, immer enger gezogen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 12. August.
Das Lübecker Gewerkschaftsfest, das gestern nachmittag in Fackenburg-Stadelsdorf stattfand, hatte eine bisher noch nicht erreichte Massenbeteiligung aufzuweisen. Von 1 Uhr ab strömten die einzelnen Gewerkschaften in größeren und kleineren Trupps nach dem Platz am alten Bahnhof, wo sich die Arbeiterbataillone sammelten. Kurz nach 1½ Uhr legte sich der imposante Zug in Bewegung. Das war eine Demonstration, wie sie Lübeck vorher noch nicht gesehen. Als die Spitze des Zuges in Stadelsdorf angekommen war, befand sich das Ende noch nicht einmal an der alten Kaserne. Ein unübersehbares Arbeiterheer und auf dem Wege dahinter laufende Spalier, ungerechnet die, die von Fenstern und Bäumen aus, trotz des einziehenden Regenschauers, die Vorüberziehenden beobachteten. Namentlich die im Zuge befindlichen Wismarer Arbeiter, — die einen Dampferausflug nach Lübeck unternommen hatten — erregten mit ihren originellen Fahnen, die im weissen Felde eine große 8 zeigten, einiges Aufsehen. Der Festplatz in Fackenburg vermochte die Menschen kaum zu fassen. Gegen 3 Uhr begann Genosse Stelling mit seiner Festrede, in der er zunächst darauf hinwies, daß die Lübecker und Oldenburger Polizei uns auch diesmal wieder ihre Aufmerksamkeit geschenkt habe, indem sie aus Scheu vor der roten Farbe rote Abzeichen usw. verboten habe. Sodann widmete Redner den Opfern des jüngsten Grubenunglücks im Ruhrrevier zu Herzen gehende Worte und zog hierbei farfstatische Vergleiche zwischen der Kruppfeiler und diesem Unglück. Nach einem Hinweis auf die drohenden Kämpfe im Baugewerbe und einer Aufforderung zur regen Agitation für die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen schloß Redner seine Ausführungen mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung. Die Festrede wurde umrahmt von prächtigen Kampfesliedern, welche die Arbeiterlänger zu Gehör brachten. Und dann stuteten die Massen in die Gärten und Lokale, die im Nu gefüllt waren. Immer neue Menschen strömten zu. Sämtliche Wagen der „Elektrischen“ kamen vollbesetzt an, so daß auf dem direkten Festplatze, zu dem leider ein viel zu schmaler Zugang führte, ein geradezu bedrückendes Gedränge herrschte. In den Lokalen und auf dem Festplatze herrschte ein fröhliches Leben und Treiben. Für Unterhaltung und Belustigung, sowie für des Leibes Nahrung und Bedürfnisse war in umfänglichem Maße gesorgt. Erst bei eintretender Dunkelheit lichtete sich die Menge der Teilnehmer und auf der Fackenburg Allee sah man stundenlang die von den Kindern jubelnd getragenen brennenden roten

Baternen sich bewegen. Was war vertriebt in dem Bewußtsein, ein wirkliches Volksfest miterlebt zu haben.
Steuern zahlen! Der zweite Teilbetrag der Einkommensteuer und der erste Teilbetrag der Kirchensteuer für das Jahr 1912/13 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitz eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud, die Landbezirke und Travemünde sind, in der Zeit vom 12. bis 20. August d. J. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr, zu entrichten. Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.
Ein Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Straßenbahnwagen ereignete sich gestern abend 6¼ Uhr auf dem Lindenplatz. Ein von der Stadt kommendes Auto kollidierte mit einem von Möstling zur Stadt fahrenden Straßenbahnwagen. Infolge des Anpralls erfolgte in dem Auto eine Explosion, die zur Folge hatte, daß das Gefährt im Nu in hellen Flammen stand. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr konnte nichts mehr ausrichten. Der Straßenbahnwagen kam ohne erheblichen Schaden davon.
Warnung vor Geheimmitteln und Apparaten. Seit mehreren Jahren ist durch Anzeigen in deutschen Zeitungen und besonders in viel gelesenen Zeitschriften von der Firma Harriet Meta Smith in Paris, Nr. 7 Rue Aubert, für ein Schönheitsmittel „Triplex System“, ferner von der Firma Dr. Turner Company in Paris, Nr. 7 Rue Aubert, für ein Entfettungsmittel „Dr. Turners Triplex System“ in ausgedehnter Weise Reklame gemacht worden. Die Präparate werden in Deutschland durch den Apotheker Arsene Hocquette in Paris, Nr. 17 Boulevard de la Madeleine, vertrieben, der auch für das Schönheitsmittel „Venus Carnis“ Reklame macht. Bei dem Unternehmen handelt es sich um den Versuch, die Unerfahrenheit und Leichtgläubigkeit des Publikums im Interesse pekuniären Gewinnes auszunutzen. Die oben genannten Präparate sind gerade so wertlos wie die zahlreichen anderen Mittel, die besonders in illustrierten Zeitschriften und Wochenschriften zur Hebung der Fettleibigkeit und zur Wiederherstellung und Verschönerung des weiblichen Busens mit Worten und Bildern angepriesen werden. Vor dem Ankauf aller dieser Präparate zum innerlichen Gebrauch und der Apparate zur äußerlichen Anwendung wird gewarnt.
Eine Maschine zum Teeren von Straßen. Der Vorschlag, die Staubentwicklung auf den Straßen durch Benutzung von Teer, wie er aus den Gasanstalten bezogen werden kann, zu verringern oder ganz zu verhüten, kommt von Frankreich, was dadurch zu erklären ist, daß Frankreich auch das erste Land war, wo der Automobilismus einen hohen Aufschwung nahm. Das Aufwirbeln von Staubwolken durch die Kraftwagen auf den Landstraßen ist ein Übelstand, dessen Tragweite kaum überschätzt werden kann. Wenn auch der Verkehr auf den Landstraßen nicht so stark ist, wie innerhalb der Städte, so können doch bedenkliche Folgen dadurch entstehen, daß diese Wege oft minutenlang mit fast völlig undurchsichtigen Staubwolken bedeckt sind. Einmal wird der Straßenstaub als gefährlichster Feind der menschlichen Gesundheit angeklagt, außerdem können die Staubmassen zu Unglücksfällen führen, wenn sie den Wagenführern die Sicht benehmen. Da sich nun das Teeren der Straßen im allgemeinen bewährt hat, so ist seine weitere Verbreitung ein dringendes Erfordernis. Es kommt natürlich darauf an, daß sich das Verfahren nicht zu teuer stellt. Um wenigstens die Verrichtung des Teerens so schnell und billig wie möglich zu bewirken, ist jetzt in Paris zum ersten Male ein eigenartig gebautes Automobil zu diesem Zweck in Tätigkeit getreten. In dieser Maschine ist alles vereinigt was zu einem möglichst raschen und geeigneten Auftragen des Teeres auf den Straßenbelag erforderlich ist. Dazu gehört unter anderem, daß die Maschine eine mittlere Temperatur von 70 Grad besitzt. Die notwendige Erhitzung wird durch einen Dampfstrom bewirkt, und zu diesem Zweck wird auch das Automobil selbst mit Dampf betrieben. Der Teer wird in zwei Schichten aufgetragen, von denen die erste alle auf der Straßenoberfläche befindlichen losen Massen aufnimmt, während die zweite, die in 35 Zentimeter Abstand hinter der ersten folgt, den gleichmäßigen reinen Überzug herstellt. Der Preis für das Teeren der Straßen mit einer solchen Maschine beläuft sich nun nach dem Kosmos nur noch auf höchstens 10 Pf. für das Quadratmeter, hat also eine Herabsetzung von wenigstens 30 vom Hundert erfahren.
Die Haftpflicht des Fiskus bei Eisenbahnunfällen. Zur Reisezeit interessiert lebhaft eine Reichsgerichtsentscheidung, die auf die vertragliche Haftung der Bahn näher eingeht. Ist jemand auf einer Eisenbahnfahrt verunglückt, so haftet der Fiskus zunächst auf Grund des Reichshaftpflichtgesetzes aus Betriebsunfall. Die Ansprüche aus Betriebsunfall verjähren in zwei Jahren vom Tage des Unfalls an. Gültiger in bezug auf die Verjährung ist der Verunglückte gestellt, wenn er die Ansprüche auf unerlaubte Handlungen oder vertragliches Verschulden des Fiskus gründen kann; dann kommt die drei- und vierjährige Verjährungsfrist in Frage. Tatsächlich schließt jeder Eisenbahnreisende mit der Erwerbung der Fahrkarte einen Beförderungsvertrag mit der Bahn ab. Aus diesem Vertragsverhältnis haftet der Eisenbahnfiskus, wenn ihn oder einen seiner Erfüllungsgehilfen ein Verschulden an dem Unfall trifft. Eigentlich liegt dem Kläger die Beweislast ob. Von Bedeutung ist deshalb eine Entscheidung, die auspricht, daß bei einem schweren Eisenbahnunfall, der nur durch ein Verschulden der Bahnbediensteten eingetreten sein kann, dem Reisenden nicht zugunsten ist, daß schuldige Person aus der Mitte der Beamten herauszufinden, um so den Beweis des Verschuldens zu erbringen. In solcher Lage ist es Sache des Fiskus, den Beweis zu erbringen, daß ihn oder seine Beamten kein Verschulden treffe. Zur Begründung dieser Feststellung führt der höchste Gerichtshof aus: Den Klagegrund bildet die Summe derjenigen Tatsachen, aus denen der Kläger seinen Rechtsanspruch ableitet. Der Tatbestand, daß Kläger in einem Abteil 3. Klasse des Schnellzuges gesessen hat und dabei verunglückt ist, genügt zur Begründung eines Schadenersatzanspruchs aus dem Beförderungsvertrage. Zweifelloso war damit gesagt, daß dem Kläger als Fahrgast bei der Beförderung auf der Eisenbahn des Beklagten der Unfall zugefallen sei. Sodann geht das Reichsgericht auf die Schwere des Unglücks ein und führt in bezug auf die Frage des Verschuldens aus, daß gerade in dem vorliegenden Falle nicht vom Kläger der Nachweis eines Verschuldens des Fiskus gebracht zu werden braucht. Denn es ist kaum denkbar, daß ein so gearteter und so schwerer Unfall bei ordnungsmäßigem Funktionieren aller Einrichtungen und bei gehöriger Sorgfalt aller Beamten sich hätte ereignen können. Dem Kläger kann nicht zugunsten werden, zur Begründung dieses Anspruchs die bestimmte Person aus der Mitte der bei dem Betriebsvorgange beteiligten Bahnangestellten nachzuweisen, auf deren Tun oder Unterlassen der Unfall zurückzuführen ist.
Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 10. Aug., morgens 6 Uhr: Wasser 17, Luft 12, morgens 10 Uhr: Wasser 17½, Luft 19; mittags 12 Uhr: Wasser 18, Luft 21; abends 6 Uhr: Wasser 18½, Luft 19 Grad Celsius.
Eine interessante Ausstellung. Die unter Beihilfe der Landesversicherungsanstalt von dem Medizinalamt in der

Katharinenkirche veranstaltete städtische Ausstellung des Tuberkulosemuseums zur Verbreitung der Kenntnisse über Entstehung, Verhütung und Bekämpfung der Schwindsucht ist gestern eröffnet worden und wird wochentags von 10 bis 7 Uhr geöffnet sein. Dem Vernehmen nach werden in der Mittagszeit von 12½ bis 1 Uhr Führungen und Erläuterungen durch Sachverständige stattfinden. Ein Besuch dieser Ausstellung ist nur zu empfehlen.
Handelsregister. Am 9. August 1912 ist eingetragen bei der Firma Burgorterrasse, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Der Oberpostassistent Wilhelm Drabert in Lübeck ist durch Beschluß des Gerichts vom 8. August 1912 auf Grund § 28 B. G. B. zum Geschäftsführer bestellt. Am 10. August 1912 ist eingetragen bei der Firma Eggers & Co. in Schwerin i. M. Zweigniederlassung Lübeck: Die Firma ist erloschen.
pb. Leichenfledderer. Am 10. d. Mts., abends gegen 9 Uhr 15 Minuten, ist einem auf einer Bank in der Nähe des alten Bahnhofes eingeschlafenen angetrunkenen hiesigen Arbeiter eine Taschenuhr nebst Kette abhandgekommen und vermutlich gestohlen worden. In der Innenseite des Deckels ist der Name „Petersen“ eingraviert.
pb. Diebstähle. Am Sonnabend, dem 10. d. Mts., nachmittags, ist in der Badeanstalt am Falkendamm einem Badegaste ein neues braunes Lederportemonnaie mit etwa 32 Mk. abhandgekommen und sehr wahrscheinlich gestohlen worden. — Aus einem Erweiterungsbaue in der Mengstraße ist in der Nacht zum Sonntag ein bronzener Kronleuchter mit 24 Armen gestohlen worden. Der Kronleuchter, früher für Lichter angefertigt, ist für elektrisches Licht eingerichtet. Aus demselben Bau ist noch ein bronzener Wandarm für Gas-Bläulich gestohlen.
Hamburg. Schwere Unfall im Hafen. Beim Anlegen des Passagierdampfers „Stade“ an den St. Pauli Landungsbrücken ist am Sonntag nachmittag der Deckmann von der Veräuftröffe erfasst und gegen den Poller gedrängt worden. Ihm wurde der linke Oberarm abgerissen; in schwer verletztem Zustande mußte der Mann dem Hafenkrankenhaus zugeführt werden.
Kiel. Ein neuer Unglücksfall in der Marine. Auf dem Dünenschiff „Thüringen“ ist nachts bei einer Übung ein Dampfrohr geplatzt, wodurch die Heizer Lange und Betry schwer verbrüht wurden. „Thüringen“ dampfte mit den lebensgefährlich Verletzten sofort nach Kiel. Lange starb auf dem Wege nach Kiel. „Thüringen“ lief vormittags 8 Uhr unter halbstarkem Wind, legte den Toten und auch den Schwerverletzten an Land und steuerte 9 Uhr 30 Min. wieder in See.
Kiel. Das erste deutsche Motorschiff. Der erste auf einer deutschen Werft für eine deutsche Reederei erbaute transatlantische Motorfrachtdampfer, der 6500 Tonnen große „Monte Pencho“, der von den Kießer Howaldtswerken für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft geliefert wurde, machte Sonnabend hier seine Probefahrt. Alle Hamburger und Bremer Reedereien hatten ihre Direktoren und Inspektoren entsandt; auch die Marine zeigte ihr großes Interesse an dem Schiff dadurch, daß zahlreiche höhere Marinebeamte aus Berlin, Kiel und Wilhelmshaven sowie eine Anzahl Ingenieure an der Fahrt teilnahmen. Das Schiff, das auf der Werftprobefahrt eine Geschwindigkeit von 13,8 Knoten machte, obgleich kontraktlich nur 10,5 verlangt wurden, mandorierte ausgezeichnet. Der Direktor der Howaldtswerke Böschmann betonte, das erste deutsche Motorschiff mache seine Probefahrt an dem Tage, an dem ein Jahrhundert verfloßen sei, seitdem der erste Dampfer auf dem Kontinent in Fahrt gekommen sei. Direktor Amfand von der Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft erklärte, daß das neue Schiff in jeder Beziehung alle Hoffnungen erfülle, die die Gesellschaft auf den Neubau gesetzt habe. Direktor Sulzer, dessen Werke die Motoren geliefert haben, äußerte sich, daß mit der Einführung der Dieselmotoren in die Schifffahrt ein gewaltiger technischer Fortschritt erzielt sei. Die Dieselmotoren begannen die Dampfmaschinen und Turbinen zu verdrängen, und welche Rolle sie in Zukunft spielen würden, sei noch gar nicht zu übersehen.
Neuhäus (Oste). Ein schweres Bootsunglück hat sich auf der Oste zugetragen, dem zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Der Zollaufseher Mempel wollte unter Führung des Zollmatrosen Döbgege ein von Gelogland in die Oste eingelaufenes Segelschiff revidieren. Hierbei ist das Zollboot in unmittelbarer Nähe des Seglers gesunken, und die beiden Beamten sind in treuer Pflichterfüllung ihres schweren Dienstes ertrunken. Worauf das Unglück zurückzuführen ist, läßt sich bislang nicht feststellen. Beide Ertrunkenen hinterlassen Frau und Kinder. Fürchterlich ist das Unglück für die Frau des Zollaufsehers. Sie sah von ihrer Wohnung ihren Mann in den Fluten versinken, ohne Hilfe bringen zu können.
Geestemünde. Es geht vorwärts! Der Zentralwahlverein für den 19. hannoverschen Wahlkreis und Bremerhaven (Geestemünde-Neuhäus-Otterndorf), die früheren Domäne Diedrich Hahns, blüht auf ein ebenso arbeits- wie erfolgreiches Jahr zurück. Die Zahl der Ortsvereine konnte um fünf, auf 16 vermehrt werden. Die Mitgliederzahl stieg um 2557 auf 6246 Mitglieder; davon sind 5018 Männer und 1228 Frauen. Die Abrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 25.947,81 Mk. ab. Von der Hamburger Partei wurde die schriftliche und mündliche Agitations- und Organisationsarbeit im Wahlkreise durch Anwendung von 2804,25 Mark und Stellung vieler Referenten unterstützt. Das Ganze gibt ein erfreuliches Bild reger Partiarbeit in dem schwierig zu bearbeitenden ausgedehnten Landgebiet von Marzahn und Geest, Moor- und Heidegebiet zwischen der Weser- und Elbmündung. Jetzt ist dieser Wahlkreis, der früher die Hochburg Bennigens und dann die Domäne eines Diedrich Hahn war, so beackert, daß er bei weiterer gleich intensiver Arbeit bei der nächsten Wahl für die Sozialdemokratie erntereif erscheint.
Bremen. Von der Plattform unter die Räder eines Zuges der Larmstedter Bahn gestürzt ist beim Einlaufen des Zuges der Bremisch-Hannoverschen Kleinbahn auf dem Bahnhof Horn der Schaffner des Zuges, Drilling aus Mülhdeich bei Falkenberg, er wurde durch den Zug überfahren und so schwer verletzt, daß der Tod nach kurzer Zeit eingetreten ist. Da keine Augenzeugen den Unfall bemerkt haben, wird angenommen, daß der Schaffner, noch während der Zug in Bewegung war, abgesprungen und zu Fall gekommen ist. Erst als der Zug auf der Station zum Halten gekommen, wurde der Unfall bemerkt.
Bremen. Schiffsunfall. Der Dampfer „Frankfurt“ des Norddeutschen Lloyd hat gestern morgen 4 Uhr bei Scherweningen mit dem Dampfer „Wormen“ der Dampfschiffgesellschaft Argo kollidiert. Der Dampfer „Frankfurt“ wird nach Rotterdam eingeschleppt. Es besteht keinerlei Gefahr. An Bord ist alles wohl.
Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schöwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Mittwoch, den 14. August
abends 8 1/2 Uhr (2545)
Festkomitee-Sitzung.

Am Sonnabend, dem 10. d. M.,
abends 6 Uhr, entschlief sanft
nach kurzem schwerem Kampfe
unsere geliebte Tochter

Irma
(im Alter von 9 Jahren.
Liebetrauert und schmerzlich
vernicht von ihren Eltern und
Geschwistern. 2539
Paul Sommerfeld u. Frau.

Die Beerdigung findet am
Mittwoch nachmittag 4 Uhr
auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Für erwiesene Aufmerksamkeit
anlässlich unserer Hochzeit danken
W. Faust und Frau,

2532 geb. Könnig.

3. vert. Sofa, Vertiko, G.-Tisch,
G.-Hänge-Lampe, G.-Palme mit
Tisch, Freischwinger, H. Küchen-
schrank, Silber, Waschtisch, Scheiden-
schleifart, Tonne m. Deckel u. Fuß,
8 fl. Bat.-Kocher, H. Spiegel usw.
Zu besichtigen Sonntags bis 1 Uhr
und abends nach 7 Uhr

(2533) Rottwilsstraße 24,
II. Etage, rechts.

Ein starkes Arbeitsrad mit Frei-
lauf und Rücktrittsbremse, Preis
45 Mk. Borrader Str. 15 a. (2534)

Wand-Auktion.

Am Montag, dem 16., und
Dienstag, dem 17. September,
verkauft öffentlich meistbietend,
morgens 9 Uhr, bei Herrn Ahrens,
Marlesgrube, die nicht verzinsten
Bänder:

Herren- und Damengarderobe,
Leinwand, Gold- und Silber-
sachen, gold. u. silberne Herren-
u. Damenuhren u. antike Uhren,
uhren, Brillant- u. andere Ringe,
Goldketten und Bontons mit
Brillanten, Herren- u. Damen-
ketten, Schmuck, eine Geige,
Sperngläser, Herren- u. Damen-
fahrräder, Nähmaschinen und
versch. and. Sachen,
wozu Kaufliebhaber einladet

L. S. Baruch, Wandleiter.
Kein Band kann später wegen
eintretender Feiertage als bis 8.
September prolongiert werden.

NB. Gold- u. Silberwaren, so-
wie Uhren kommen am zweiten
Tage zum Verkauf. 2543

Johns Freyholz

Smart's Geschenke
für alle Feste,
Geburtstage, Verlobung,
Hochzeiten, Jubiläen etc.
Regel- u. Schiesspreise,
Sportprämien,
Vereinsgewinne,
Reise-Erinnerungen,
Eis- u. Metallwaren für
Küche und Gebrauch.

Breitelstr. 53

**Vereinigte
Butterhändler**
von Lüneburg
und Umgeb.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. 1.50 Mk. (2542)

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lüneburg.

Ausserordentliche

General-Versammlung

am Dienstag, dem 13. August 1912

abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Erhöhung der Sozialunterstützung und des 55-Pfg-
Beitrages.
2. Berichte. 3. Verschiedenes.

(2544) Die Ortsverwaltung.

Oeffentliche

Versammlung

der auf hiesigen Schleppern
beschäftigt. Schiffer, Meister,
Schuten- und Decksleute

am Dienstag, 13. August,
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstrasse 50-52
Tages-Ordnung:
Der gegenwärtige Stand unserer
Lohnbewegung.

Kollegen, erscheint sämtlich.
2544) Der Vorstand.

**Arbeiter-
Gesangverein
St. Jürgen.**

General-Versammlung

Freitag 8 1/2 Uhr
im „Weißen Engel“.

Der Vorstand.

**Zirkus-Arena
F. Riechert**

auf dem Burgfeld.

Nur noch wenige Tage.

Heute Montag abend große Vor-
stellung mit der zweifachertägigen
tendenzen Burleske Direktor Pech.

Dienstag zum ersten mal:
Die Ränkerherberge.

Bitte das geehrte Publikum um
recht zahlreichen Besuch.

2541 F. Riechert.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte
im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,

zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.

Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen
Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um
die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrass 46.

Neue Subskriptions-Gröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein welt- für nur 25 Pfennig
berühmtes Buch

Carl Hagenbedt Von Tieren
und Menschen

pro Woche in Lie-
ferungen erscheinend und
zwar die hochinter-
essanten Erlebnisse und
Erfahrungen:

Wir bieten hierdurch
unsern Lesern den Vorteil,
dieses wertvolle Werk mit
134 zum Teil farbigen
Bildern, das den Erfolg
jeder Bibliothek, einen
Hausnachschub für die ganze
Familie bildet, das für
Alt und Jung interessant
und lehrreich ist, ohne
Verzierung in

**Karten b. wöchentlich
25 Pf. zu beziehen.**

Hier liegt ein Buch vor,
wie kein zweites bisher ge-
schrieben wurde, noch je-
mals geschrieben werden
kann, ein Buch, das jeder
sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch
im besten Sinne“

Ist Carl Hagenbedts Werk
mit Recht genannt worden.
Es hat den ungeheuren Er-
folg, den es erzielt, auch
verdient. Ein Mensch er-
zählt darin seine Erlebnisse
u. Erfahrungen, der auf der
ganzen Erde heimisch ist,
dessen Interesse sich auf alle
Arten von Tieren und
Menschen richtet, der Welt-
reisender, Tierzüchter und
Kaufmann in einer Person
ist. Und er versteht es, seine
Erlebnisse so interessant u.
spannend zu schildern, wie
der beste Roman es kann
vermag.

Carl Hagenbedt der Hiesige lässt vor den Augen die seltsam anziehenden
Bilder entstehen von fernem Erdteilen, deren Jagdgründe die
Natur und Menschen das geliebte Vaterland der Welt durchkreuzen, dem fast
jeden der geologischen Etagen ihre Schätze verborgen. Allgemein bekannt sind die
erwünschten Erfolge Hagenbedts Tierreisen, die Äthiopier, Ägypten, Ägypten und
andere wilden Länder in friedlichem Beisammensein zusammenführen lässt. Carl
Hagenbedts Tierreisen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten
Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbedts Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr
als eine Reihe enormer Abenteuer und unüberwindlich ge-
schickter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang
eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Weltreisender
geworden ist, und erzählt eine Fülle beherzigtener Lebenserfahrung.
Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbedts Werk ein Buch, wie es
schon lange nicht mehr da war.

Den bei ersten Blick zur letzten Seite hält und der Inhalt der oft mit zu
geringer geschätzter Fülle vorgetragen Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl
Hagenbedts Werk keine blosse Unterhaltungsliteratur, es ist ein Bildungs-
element ersten Ranges. Ein neuer „Reisebuch“ liegt hier vor uns, seiner
lebensvollen Form entfaltet und um die Eigenheiten eines weltumfassenden
Geschäftsmannes bereichert.

Das Werk ist auch in einem
Bande zum Preise von M. 6.—

zu beziehen von der Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co., Lüneburg.

80000 Exemplare
bereits verkauft

Bestellform
Gef. ausfüllen
An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Unterzeichneter... best. durch
Carl Hagenbedt, Von Tieren und Menschen
Bestellungs- u. 21 Lieferungen à 25 Pf., = 5,25 Mk.
nach einer Einzahlung von 75 Pf.
Wöchentlich ist eine Lieferung anzufordern.
Bestellform. Komplet in 1 Band für 6.—
(Mitgekauft in zu durchreichen)
Name und Stand:
Geh. Briefst.

Zum 1. Okt. durch Zufall erste
Etage, 3 Zimmer u. Zubehör, auf
Bauhof 4 B., 300 Mk.
2536 Meierstraße 31, pt.

Zum 1. Oktober 2535

eine Wohnung zu verm.

Reinhold, Lindenstraße 7.

Poehls
Eine leichtverdauliche
Nahrung für Magen- und
Darmkranke, bestes Morgen-
und Abendgetränk für Nervöse.

Zu haben
in Apotheken und
Drogerien.

(2538)

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Eine günstige Wirtschaftsentwicklung ist nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen. In Jahren schwerer industrieller Krisen kamen die Gewerkschaften nur mäßig vorwärts oder sie gingen gar in den Mitgliederzahlen etwas zurück. Auf die gute Geschäftskonjunktur des Jahres 1911 ist daher zum großen Teil die erhebliche Steigerung der Mitgliederzahl der Gewerkschaften zu rechnen. Unsere Gewerkschaften haben mit Ausnahme des Jahres 1906 noch nie solchen Zuwachs zu verzeichnen gehabt, wie im Vorjahr. Die Mitgliederzahl der Zentralverbände betrug nach der Veröffentlichung im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ veröffentlichten Statistik im Durchschnitt des Jahres 1910: 2 017 298, 1911 dagegen 2 320 986. Die Zunahme beträgt 15,05 Proz. gegenüber 10,07 Proz. im Jahre 1910. Etwas höher als die Jahresdurchschnittsziffer ist die am Jahreschlusse 1911 von den Gewerkschaften erreichte Mitgliederzahl. Daraus ergibt sich, daß unsere Zentralverbände die Zahl von 2,4 Millionen Mitgliedern überschritten haben. Sie zählten am Ende des Jahres 2 400 018 Mitglieder gegen 2 128 021 am Ende des Vorjahres. Das Mehr beträgt hier 271 997. — Die Mitgliederzahl der Verbände, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehören, ist um 21 447 höher, betrug also Ende 1911 2 421 465. Das Mehr entfällt auf die beiden Verbände der Landarbeiter und der Hausangestellten, die zum ersten Male in der Statistik geführt werden, wenn auch nicht als Gewerkschaften im engeren Sinne des Wortes. Die Zunahme der Mitgliederzahl dieser beiden Verbände im Berichtsjahre betrug 7005.

Die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände hat sich seit dem Jahre 1893, dem Jahr des tiefsten Standes, mehr als verzehnfacht. Eine Gegenüberstellung der Entwicklung der Hirsch-Dunker'schen und christlichen Gewerkschaften ergibt, daß seit 1900 die Mitgliederzahl der deutschen Gewerkschaften sich um 17,5 Proz., die der christlichen Gewerkschaften um 113,4 Proz. vermehrte, dagegen die der Zentralverbände um 241,1 Proz., mit Hinzurechnung der Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter sogar um 243,9 Proz.

Durch den Zusammenschluß des Maurerverbandes und des Bauhilfsarbeiterverbandes zu einem großen Bauarbeiterverband, und durch den Anschluß der Spolier an diesen großen Verband, wurde die Zahl der der Generalkommission angeschlossenen Verbände um zwei verringert. Nur vier Verbände wiesen unbedeutende Rückgänge ihrer Mitgliederzahlen auf. So zählten die Kürschner 180, die Lithographen 17 Mitglieder weniger als im Vorjahre, zusammen eine Abnahme von 787, der eine Zunahme von 804 475 in den übrigen Verbänden gegenübersteht.

Nach der Höhe der Mitgliederzahlen geordnet hatten im Durchschnitt des Jahres 1911 Mitglieder: Metallarbeiter 494 177, Bauarbeiter 290 136, Fabrikarbeiter 182 902, Transportarbeiter 181 570, Holzarbeiter 176 838, Textilarbeiter 126 547, Bergarbeiter 120 975, Buchdrucker 63 903, Zimmerer 58 745, Maler 47 315, Schneider 46 534, Schuhmacher 45 341, Brauerei- und Mühlenarbeiter 45 289, Gemeindearbeiter 43 808, Tabakarbeiter 34 393, Buchbin-

der 29 599, Steinarbeiter 26 871, Bäcker und Konditoren 25 218, Maschinisten 23 095, Lithographen 17 029, Buchdruckereihilfsarbeiter 16 305, Glasarbeiter 16 226, Schmiede 16 082, Porzellanarbeiter 15 691, Lederarbeiter 15 289, Handlungsgehilfen 14 377, Sattler und Portefeulier 13 540, Gastwirtsgehilfen 12 689, Töpfer 12 024, Steinseher 10 706, Steinarbeiter 10 402, Hutmacher 9822, Tapezierer 9671, Böttcher 8280, Dachdecker 8209, Bureauangestellten 6572, Gärtner 6113, Kupferschmiede 4807, Fleischer 4765, Glaser 4613, Kürschner 4189, Bildhauer 3723, Schiffszimmerer 3666, Zigarrensortierer 3172, Lagerhalter 2628, Friseur 2170, Zivilmusiker 1886, Asphaltreure 1113, Blumenarbeiter 1076, Xylographen 453 und Notensetzer 442. Dazu kommen die Landarbeiter mit 13 228 und die Hausangestellten mit 5571 Mitgliedern.

Erfreulich ist die seit Jahren stetige Zunahme der Zahl der organisierten Arbeiterinnen. Sie war im Berichtsjahr prozentual (18,4 Prozent) sogar noch ein wenig höher als die allgemeine Mitgliederzunahme; 191 332 weibliche Mitglieder wurden 1912 gezählt gegenüber 161 512 im Jahre 1911. Von unseren 51 Verbänden zählten 18 keine weiblichen Mitglieder. Es hatten weibliche Mitglieder: Textilarbeiter 45 651, Metallarbeiter 25 103, Fabrikarbeiter 21 853, Tabakarbeiter 16 870, Buchbinder 14 127, Schneider 9363, Buch- und Steindruck-Hilfsarbeiter 9323, Handlungsgehilfen 8679, Schuhmacher 7939, Transportarbeiter 6479, Holzarbeiter 5819, Hutmacher 4414, Bäcker und Konditoren 3736, Porzellanarbeiter 2260, Kürschner 1451, Gemeindearbeiter 1169, Sattler und Portefeulier 1161, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1154, Lederarbeiter 1096, Zigarrensortierer 953, Gastwirtsgehilfen 744, Glasarbeiter 705, Blumenarbeiter 567, Bureauangestellten 206, Lagerhalter 154, Tapezierer 129, Fleischer 106, Steinarbeiter 62, Maler 31, Gärtner 17, Lithographen 9, Friseur 1 und Glaser 1.

Die Einnahmen und Ausgaben haben absolut zugenommen, auf den Kopf des Mitgliedes aber berechnet blieben sie hinter denen des Vorjahres zurück. Die Ausgaben gingen verhältnismäßig mehr zurück, waren doch umfangreiche Kämpfe, wie 1910 die Bauarbeiterausperrung, nicht zu verzeichnen. Dadurch hat sich der durchschnittliche Kassenbestand etwas erhöht. Die Gesamteinnahmen bezifferten sich auf 72 086 957 Mk. (im Vorjahre 64 372 190 Mk.), die Gesamtausgaben auf 60 025 080 Mk. (im Vorjahre 57 926 566 Mk.), und die Vermögensbestände auf 62 105 821 Mk. (im Vorjahre 52 575 505 Mk.). Auf den Kopf der Mitglieder entfielen an Einnahmen 31,06 Mk., an Ausgaben 25,86 Mk. und an Vermögen 26,76 Mk. Die Steigerung der durch regelmäßige Beiträge erzielten Einnahmen hat auch im Berichtsjahre Fortschritte gemacht. Während z. B. im Jahre 1907 erst 25 Proz. der Verbände einen Wochenbeitrag von über 50 Pfg. erhoben, haben ihn heute nahezu die Hälfte aller Gewerkschaften; und rund 46 Proz. aller Mitglieder zahlen mehr als 50 Pfg. Wochenbeitrag. Aus Beiträgen wurden über 57 Millionen Mark vereinnahmt, gegen 48 Millionen Mk. im Vorjahr. Neben diesen Verbandsbeiträgen erheben die meisten Verbände noch keineswegs unerhebliche Beiträge für lokale Zwecke. 65,3 Prozent der Mitglieder waren mit 7 609 702 Mk. an solchen Lokalbeiträgen beteiligt.

Unter den über 60 Millionen Mark betragenden Ausgaben steht an erster Stelle die Streikunterstützung mit 16 700 000 Mk. Für Arbeitsunfähige (Kranken) Unterstützung wurden über 10 Millionen Mk., für Arbeitslosen-

unterstützung über 6 Millionen Mk., für Reiseunterstützung 1 028 000 Mk. gezahlt. Für Unterstützungen an Reisende, Arbeitslose, Kranke, Gemahregelte, bei Sterbefällen, in Nothfällen und bei Umzügen wurden insgesamt 20 414 000 Mk. ausgegeben, während für Streiks im Berufe und in anderen Berufen insgesamt 17 303 000 Mk. Ausgaben entstanden. Die Ausgaben für Unterstützungszwecke sind in den einzelnen Verbänden sehr unterschiedlich. So bewegten sich z. B. die Ausgaben für Unterstützungszwecke (ohne Streikunterstützung) zwischen 0,93 Mk. (Handlungsgehilfen) und 39,97 Mk. (Buchdrucker) pro Mitglied. Die Ausgaben für Reiseunterstützung variieren zwischen 0,02 Mk. (Schiffszimmerer) und 2,87 Mk. (Buchdrucker), für Arbeitslosenunterstützung zwischen 0,19 Mk. (Notensetzer) und 14,81 Mk. (Xylographen), für Krankenunterstützung zwischen 0,35 Mk. (Stukkateure) und 15,30 Mk. (Buchdrucker), für Invalidenunterstützung zwischen 0,01 Mk. (Schiffszimmerer) und 22,75 Mk. (Porzellanarbeiter). Für Streiks im eigenen Berufe schwanken die Ausgaben von 0,01 Mk. (Buchdrucker) und 51,16 Mk. (Zigarrensortierer). Die Reise- und Arbeitslosenunterstützung kommt in den Verbänden immer mehr zur Einführung. Arbeitslosenunterstützung wird in 42 Verbänden, Reiseunterstützung in 39 Verbänden gezahlt. Innerhalb 20 Jahren haben die Verbände 59 Millionen Mk. für diese Unterstützungszwecke aufgebracht.

Von den gewerkschaftlichen Gewerkschaften wird berichtet, daß die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften durch den Rücktritt des Vereins deutscher Kaufleute einen erheblichen Mitgliederverlust erlitten haben. Die Gesamtmitgliederzahl der Gewerkschaften ging von 122 571 im Jahre 1910 auf 107 743 im Jahre 1911 zurück. Für diesen Mitgliederabgang wird im Rechenschaftsbericht des Verbandes ein wenig überzeugender Grund angegeben. Von rechts und links würden die braven Hirsch-Dunker'schen bedrängt, sozialdemokratische und christliche Gegner seien wenig wählerisch in ihren Mitteln und mancher Arbeiter müßte entgegen seiner inneren Überzeugung einer den Hirsch-Dunker'schen feindlich gesinnten Organisation beitreten, nur um seine Arbeitsstelle zu behalten. Was hier als der vielgerühmte Terrorismus gepriesen wird, ist sicher Selbsterkennen der Arbeiter, die im Betriebe selbst davon überzeugt werden, daß nicht die hin- und herpendelnden Gewerkschaften, sondern unsere wirtschaftlich starken Zentralverbände geregelte Arbeitsbedingungen geschaffen haben.

Die christlichen Gewerkschaften verzeichnen für das Berichtsjahr eine Zunahme von 45 828 Mitgliedern, darunter befinden sich allein über 27 000 Mitglieder weiblichen Geschlechts; ihre Gesamtmitgliederzahl stieg von 295 129 auf 340 957. Ihre größte Mitgliederzahl mit 83 588 entfällt auf die Bergleute, nach ihnen kommen die Textilarbeiter mit 42 397, die Metallarbeiter mit 41 253, die Bauarbeiter mit 39 955 Mitgliedern usw.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1911, unter dem Eindruck des Konflikts mit der römischen Kirche geschrieben, sucht die Existenz der christlichen Gewerkschaften als eine wirtschaftliche und soziale, sowie staatliche Notwendigkeit zu erweisen, und zwar ganz besonders im Hinblick auf das Wachstum der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl. Das „Correspondenzblatt“ meint treffend dazu: „Besser kann die Nutzlosigkeit der christlichen Gewerkschaften kaum begründet werden als durch diese Tatsachen. Seit 1899, dem Gründungsjahr des christlichen Gesamtverbandes, sind 350 000 christliche

Der Bauer vom Wald.

Novelle von Anton von Perfall.

(10. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Hieb war beendet. Als Johannes die Restsumme von hunderttausend Mark in barem Gelde ausbezahlt bekam, war er wie verwandelt. Er weigerte sich erst entschließen, das Geld dem Herrn Polenz zur Anlage zu überlassen. Er hätte es am liebsten bei sich behalten in seiner nächsten Nähe. Es war ja sein Wald, sein ganzer Wald, den er jetzt in eine Kiste sperren und unter sein Bett stellen konnte.

Polenz mußte ihn erst daran erinnern, daß er das Geld bereits schriftlich seinem Sohne als Heiratsgut abgetreten habe, während die ersten fünfzigtausend sein unbestrittenes Eigentum seien.

Johannes mußte nachgeben; aber von diesem Augenblick an war sein Entschluß gefaßt, seinem Sohne in die Stadt zu folgen. Er wollte es wenigstens mit ansehen, was da drinnen in der Stadt mit seinem zu Golde gewordenen Walde geschah. Alle Zureben und Bitten Kosls, alle die verlockenden Versprechungen, welche kindliche Liebe eingab, konnten dagegen nicht aufkommen.

Das Geld, das er einmal in der Hand gehabt, zog ihn magnetisch an, er mußte ihm folgen.

Die Hochzeit Kosls, die Übergabe des Hofes an Gerl war der Abschluß.

Sie wurde ganz im stillen gefeiert, wie man in einem Trauerjahr zu tun pflegt.

Am andern Tag begann schon der Umzug des Bauern in die Stadt. In einer Woche sollte dort die Trauung des Matthes mit Wanda stattfinden.

Johannes hatte eine fieberhafte Hast ergriffen. Er wollte zu seinem Gelde, das in Polenz' Händen war.

Der Boden unter seinen Füßen gehörte nicht mehr ihm, kein Stückchen Boden. Das war ein unerträgliches Gefühl; und doch hatte er ihn nicht mehr zurückgenommen, so drängte es ihn nach dem neuen von Polenz so verlockend geschilderten Lande, in welchem die Goldstücke wachsen, wie da unten die Tannen und Fichten.

Die hunderttausend Mark mußten wieder her, die er sich hatte abzwängen lassen, eher wollte er nicht ruhen.

Ein förmlicher Städtefrühling war angebrochen im Deutschen Reich, und W. war die üppigste Blüte darin, getragene von tropischem Wachstum. Dem alten ehrwürdigen Rechte mit seinen engen, finstern Gassen und hochgiebeligen

Häusern wuchsen mächtige Flügel, welche das kleine, ursprüngliche Körperchen zu einem unscheinbaren, dunklen Punkte zusammenzuschumpfen ließen.

Ein ganzes Heer von Werkleuten war zugereist, da die einheimischen Kräfte längst nicht mehr genügten. Tausend fleißige Hände regten sich, während die Wagnisse das riesige Material aus aller Herren Länder herbeiführten.

Aber die fleißigen Hände taten es nicht allein, sie mußten erst in Bewegung gesetzt werden, und ihr großer Motor war das Kapital, das aus dem ganzen Lande beuteltüßern sich herauswühlte, und mit dem Kapital kam ein zweites Heer tüchtiger Unternehmer, toller Waghäuser und Planeschmieder, wahre Feldherren der Spekulation, große Wegbereiter, rastlose Pfadfinder.

Das war ganz gut. Das brachte Leben, Bewegung, tausendfältige Anregung; aber der Troß war bedenklich, welcher dieser Armee folgte, zusammengewürfeltes Volk aller Art, wie es eben zu jeder Zeit der Fluch großer Armeen war, Beutelustige, welche auf jeden Abfall haschen aus den Händen der Regulären, und im allgemeinen Siegestaumel tüchtigen Brandstifter, Marodeure der schlimmsten Art aus allen Gesellschaftsschichten, Gladiatoren, bis herab zum gewöhnlichen Gauner.

Kleine Banken, Agenturen, bildeten, gleichwie die Bohrmürmer in gewissen Holzarten, unzählige, dichtverschlungene Kanäle, in welche der strotzende Saft abgeleitet oder nur auf großen Umwegen, gehörig verdünnt, in die Hände des Volkes kam.

Ja, einige derselben verstanden es, sich rasch einen Hauptkanal zu bohren und sich auf diese Weise das Ansehen von Regulären zu geben.

Da war vor allem das Haus Polenz, das einen phänomenalen Aufschwung nahm, zum großen Verdruss der alten Stämme. Man konnte feinerlei Geschäfte machen, keinen Grund erwerben, ohne daß in irgend einer Weise der Name dabei zum Vorschein kam.

Man wußte zwar von der Heirat der Tochter des Inhabers mit einem reichen Bauernsohn, dessen Gut er vorteilhaft ausgeschlachtet haben sollte, und zweifelte nicht daran, daß er mit diesem Gelde arbeitete; aber was bedeutete so eine Summe in dem Spiel um Millionen, welches ringsum tobte?

Dabei machte er ein Haus, welches die fehlende Vornehmheit durch aufdringlichen Luxus ersetzte.

Die junge Frau Altinger, seine Tochter, machte die Honneurs, während ihr Gatte, der Bauernburche, sich mit unglaublichem Geschick in die neue Rolle flüchtete und mit einem Gepanzen daherfuhr, das jedem Kavallerie Ehre gemacht hätte.

Dieser im Nu modernisierte Bauer war auch ein charakteristisches Zeichen der Zeit. Es war endgültig vorbei mit der Gliederung der Stände. Der letzte, zäheste, der Jahrhunderte hindurch allen Anstürmen getrotzt, der Bauernstand, begann auch bereits seine starre Form zu sprengen. Auch er hatte sich überlebt, war zur Mumie geworden, an deren seltsamen Zügen und vermoderten Lappen man sich höchstens noch zur Zeit der Sommerfeste ergötzte.

Und recht war es, ganz recht. Was wollte man denn immer noch künstlich erhalten an diesem schwerfälligen Organismus des Bauernstums, in dieser fieberhaft tätigen, rastlos vorwärts eilenden Zeit?

Dieser junge Altinger mit seinem festen „Zeug“, seinem Auftreten eines Kavalliers, erregte eine seltsame Schadenfreude in gewissen Kreisen.

Da hatte man es wieder, wie es mit dem Unterschiede bestellt war. Ein guter Schneider, ein festes Gespann, und aus dem Bauernbusen war ein sehr nobler Herr geworden.

Das „Palais“ des Herrn Polenz, wie in der nächsten Umgebung der Neubau mit einer aufdringlichen Stuckatur und seinem überladenen Portale genannt wurde, lag gewissermaßen inmitten seiner Schöpfungen, das heißt inmitten der unzähligen Neubauten, deren monotone Reihen sich in das Endlose nach allen Seiten zu dehnen schienen.

Zu ebener Erde waren die Geschäftstotele. Polenz u. Altinger stand über der Türe, weiter nichts. Es wäre auch schwer gewesen, dem vielseitigen Betrieb, der sich hier vollzog, einen erschöpfenden Namen zu geben.

Ein Portier im langen, grauen Rock mit silbernen Knöpfen wies den Kunden den Weg nach den verschiedenen Abteilungen; nach der Bank, dem Baugeschäft, der Agentur für Grunderwerb, dem Auskunfts-Bureau.

Den ersten Stock bewohnte der Herr Altinger mit Gattin. Den zweiten Herr Polenz mit Familie. Im Rückgebäude bewohnte der alte Altinger mit seiner Frau zwei bescheidene Zimmer.

Er wollte es nicht anders, trotz Zureben des Herrn Polenz, doch den dritten Stock zu beziehen. Im Hinterhaus war man wenigstens geschützt vor dem Lärm und dem Staube der Straße, und dicht vor dem Fenster standen zwei junge Fichten, die wohl vergessen worden waren in der Hast des Baues, oder vielleicht von den Arbeitern als schatten spendend absichtlich gespart worden waren.

Gleichwohl, ihr Duft tat ihm wohl und ihr Anblick, so matt und farblos sie auch ausluden. Er versäumte nie, das Spülwasser auf ihre Dutzeln zu schütten.

Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften zusammengekommen. Seit dieser Zeit hat sich die Zahl der freien Gewerkschaftsmitglieder um 1 841 000 vermehrt, also um das 5/4fache des gesamten christlichen Mitgliederbestandes. Und die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswahlstimmen stieg von 1898 bis 1912 von 2 107 100 auf über 4 1/2 Millionen Stimmen, also auf das Doppelte, während die Wähler der Zentrumspartei nur von 1 752 000 auf 2 035 200 wuchsen, also noch nicht einmal um soviel, als die Zahl der christlich organisierten Arbeiter beträgt. Das ist in der Tat das vollständige Fiasko der christlichen Gewerkschaftsbewegung, und man kann es den klerikalen und politischen Gründern derselben von ihrem Standpunkte aus nicht verargen, wenn sie mit der Entwicklung der interkonfessionellen Gewerkschaften so wenig zufrieden sind und zur Organisation der konfessionellen Arbeitervereine zurückkehren möchten. Die christliche Gewerkschaftsorganisation hat seither weder den freien Gewerkschaften noch der Sozialdemokratie wesentlichen Abbruch tun können, obwohl sie die Arbeiterinteressen vielfach ganz erheblich geschädigt hat, vor allem durch ihr wenig zuverlässiges Verhalten in Lohnkämpfen. Durch ihre Streikbruchtaktik hat sie in erster Linie sich selbst geschädigt, indem sie dadurch die ehrlich für die Verbesserung ihrer Lage wirkenden Arbeiterkreise von sich abtödtet. Das erklärt auch ihr verhältnismäßig langsames Wachstum, das sehr wenig ihrem günstigen Rekrutierungsgebiet und ihrem und ihrer befreundeten Kreise Kräfteaufwand entspricht.

Die Mitgliederzahl der Unabhängigen Vereine hat sich von 253 030 im Jahre 1910 auf 282 517 im Jahre 1911 gehoben. Eine größere Bedeutung kommt neben der Polnischen Berufsvereinigung mit 57 988 Mitgliedern nur dem Berliner (früherer) Eisenbahnerverband mit 92 000 Mitgliedern, dem Bayerischen Post- und Telegraphenarbeiterverband mit 13 095 Mitgliedern und dem Allgemeinen Deutschen Musikerverband mit etwa 13 000 Mitgliedern, sowie dem Badischen Eisenbahnerverband mit 11 652 Mitgliedern zu. Der modernen Arbeiterbewegung etwas näher stehen der Süddeutsche Eisenbahnerverband mit 11 815 und der Solinger Industrie- und Arbeiterverband mit 6040 Mitgliedern sowie der Verband der Theater- und Kinoangestellten mit 400 Mitgliedern. — Die gesamte Gewerkschaftsbewegung zählte im Jahre 1911 also 3 042 203 Mitglieder und hatte eine Zunahme von 354 185 Mitgliedern. Ihre Gesamteinnahmen betrugen, ausschließlich der „Unabhängigen Vereine“, 80 953 814 Mark, ihre Gesamtausgaben 67 629 149 Mk. und ihre Vermögensbestände 70 878 305 Mk. Eine Zunahme an Mitgliedern verzeichneten die Zentralverbände mit 303 688 gleich 15,05 Proz., die christlichen Gewerkschaften mit 45 828 gleich 15,53 Proz., während die Christlich-Sozialistischen Gewerkschaften um 14 828 gleich 12,10 Proz. zurückgingen. — Die Organisationen der Privatangestellten hatten nach dem „Reichsarbeitsblatt“ in 62 Verbänden 822 604 Mitglieder. Und die Wirtschaftsfriedlichen Vereine (Gelbe und Vaterländische) 162 262 (1910: 121 126).

Noch in keinem Jahre ist der Ansturm unserer Feinde gegen die freien Gewerkschaften so heftig gewesen wie im vergangenen. Die Scharfmacher schrien nach gesetzlichen Bekleidungsmaßnahmen gegen unsere Gewerkschaften. Hölzerne Hand dazu bieten ihnen mehr oder minder offensichtlich die gegnerischen Gewerkschaften. Und der Erfolg? Eine fast nie dagewesene starke Fortentwicklung der zentralisierten Gewerkschaften! Am festgefügtsten Bau dieser einheitlichen Organisationen zerfielen alle Scharfmachereien und Zerplitterungsversuche.

Entweder neuer Titel mit höherem Gehalt oder die Pensionierung!

Der Pensionsetats des Reiches schmilt infolge der vielen unnötigen Pensionierungen riesenhaft an.

Seine Verbindung mit dem Vorderhause war eine sehr lose. Er fühlte sich vom ersten Augenblicke an nicht heimisch in diesen überladenen, fremdartigen Räumen, die einen so großen Gegensatz bildeten zu der bauerlichen Einfachheit, die er von Jugend auf gewöhnt war.

Auch fühlte er sehr wohl, welche komische Figur er darin spielen mußte, wie taub und hart sich dort seine Stimme ausnahm, jede Bewegung, jeder Schritt, den er machte.

Betreffs seines oder vielmehr seines Sohnes Vermögen konnte er beruhigt sein. Es mußte sich ja in diesen Händen in das Unendliche mehr.

Er mußte selbst darüber lassen, daß er eigentlich herein- zog, um zu wachen über den Ertrag seines Waldes.

Wie einträglich man doch wird da draußen!

So fiel auch dieser Grund, sich im Vorderhause umzu- sehen, hinweg, und man holte ihn auch nicht. Von seinem Sohne hatte er es nicht anders erwartet; aber von Polens Schmerz es ihn anfangs. Der Mann hatte doch immer so viel auf ihn gehalten, und am Ende machte er es ja mit seinem Gelde, mit seinem armen, hingemordeten Walde.

Indes er begriff es, dem Manne wuchs die Arbeit über den Kopf, und er mußte ihn doch immer wieder von neuem annehmen, für sein langsam arbeitendes Hirn war und blieb er ein Wunder.

Der Jins für seine fünfzigtausend Mark, welche er selbstverhändlich im Hans Polens angelegt hatte, ließ pünktlich und reichlich. Er konnte ihn gar nicht aufheben.

So gewöhnte er sich allmählich an diese behagliche Ruhe, zu welcher der Bauer, sobald ihn nicht die Verhältnisse zwin- gen, ohnehin neigt.

Es fanden sich Genossen, Bürger, Rentiere der Um- gegend, welche ihn in ihre gemütliche Stube zogen. Früh- und Abendessen wurden besetzt. Man hörte ihn gerne erzählen von seiner Heimat, von seinem Walde, von den ver- gangenen Zeiten, der ganze Bauer vom Wald mit seinem Eifer, seinem harten Standesbewußtsein, seiner uralten Tradition ging allmählich in breiten, leichtem Biergespräch auf, und an seine Stelle trat der Herr Ritter mit einem schmerzlichen, aufgedunsenen Gesicht, aus dem jede Energie gewichen war, und einem runden, behaglichen Bäckerlein.

Ganz anders verhielt es sich mit der Bäuerin, der jetzigen Frau Ritter. Dazu hatte sie den Hof nicht verlassen, um in dem Hinterhause ihr Leben zu verbringen! Sie mußte sich zwar wohl oder übel in diese neue Welt des Bauern setzen und auf die Wohnung im dritten Stock des Vorder- hauses verzichten; aber damit gleichsam lag in den Händen der Bäuerin, deren Besatz sie nicht. Soweit ging die Macht der Bäuerin.

Charakteristisch für das System der Pensionierungen ist nun folgender Fall, über den die „Post“ schreibt:

„Zwei durch ihre Tätigkeit im Parlament sehr be- kannte und verdiente Offiziere, Generalleutnant von Wachs, der Direktor des Zentral-Departements im Kriegsministerium, und Vizemirale von Capelle, der Direktor des Verwaltungs-Departements im Reichs- marineamt, stehen, einer Nachrichtenstelle zufolge, demnächst zur Beförderung, zum General der Infanterie und zum Admiral, heran. Beide beziehen in ihrer Dienststellung ein Gehalt von 13 554 Mk. und eine Dienstzulage von 4500 Mk., was den Bezügen eines Divisionskomman- deurs entspricht, müßten also nach den geltenden militäri- schen Altersverhältnissen bald aus dem Dienste scheiden oder könnten allenfalls nur den Charaktertitel als General und Admiral erhalten. Um die große, in langen Jahren erworbene Erfahrung dieser Herren auch weiterhin ihren Ressorts und dem Reichstage zu erhalten, besteht, wie uns aus Abgeordnetenkreisen mitgeteilt wird, ausgehend von einer Anregung im Haushaltsausschusse des Reichs- tages die Absicht, im Haushalt für je eine Departementdirektorstelle der Heeres- und der Marine- verwaltung gehaltsmäßig die Möglichkeit zu schaffen, daß sie von einem vollen General oder Admiral versehen werden kann, ähnlich etwa wie in Württemberg der Kriegsminister, wie jetzt General v. Marchtaler, die Bezüge eines Kommandierenden erhält, falls ein dem Patente nach jüngerer General ein Armeekorps befehligt. Diese Mög- lichkeit wird bei der Heeres- und Marineverwaltung immer nur selten und nur dann eintreten, wenn dem Patente nach ziemlich alte Generale und Admirale Kriegsminister oder Staatssekretäre des Reichsmarineamts sind, und wenn, wie dies, allen anders lautenden Meldungen zum Trost, mit den Herren v. Heeringen und v. Tirpitz der Fall ist, in voraussichtlich längerer Zeit kein Wechsel in der Be- setzung der obersten Chefstelle der Verwaltungen zu er- warten steht.“

Die beiden Offiziere sind also anerkanntermaßen körperlich und geistig noch so wohlgestellt, daß ihr Aus- scheiden aus dem Dienst eine bedenkliche Lücke im Be- triebe bedeuten würde. Aber da sie dem Alter nach vor dem Avancement stehen, ihre augenblickliche Dienststelle jedoch keinen höheren Dienstgrad, als den Grad, den die Pensionierung, sofern nicht für diese Stellen ein höherer Dienstgrad mit höherem Einkommen neu vorgesehen wird. Es bleibt nun in diesem Falle nichts anderes übrig, als einen neuen Rang zu schaffen, will das Reich die beiden noch rüstigen Offiziere nicht in Pension schicken und den Pensionsetat noch weiter unnötig belasten. Treffender, als durch diesen Fall, kann der Militarismus mit seinen Pen- sionierungen nicht charakterisiert werden!

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der Wahlverein für Kott- bus-Spremburg, der in 24 Orten 2461 Mitglieder zählt, be- schloß auf seiner Kreisversammlung mit 14 gegen 13 Stim- men einen Wochenbeitrag von 10 Pfg. für Männer und von 5 Pfg. für Frauen einzuführen. Über den Parteitag in Chemnitz referierte der Abgeordnete des Kreises, Genosse Giesel. Er bedauerte, daß in der Tagesordnung nicht auch der Punkt aufgenommen wurde: „Die Privatangestellten und die Sozialdemokratie.“ Mit dem Stichwahlabkommen habe der Parteivorstand bei der gegebenen politischen Si- tuation die richtige Taktik eingeschlagen. Zum Parteitag wurde folgende Resolution angenommen: „Zu den An- derungsvorschlägen zum Organisationsstatut beschließt die Kreisversammlung: 1. sie stimmt der Beitragserhöhung zu mit dem Vorbehalt, daß eine genügend lange Einführungs- frist vorgesehen wird; 2. das bestehende Vertretungsrecht der Gesamtfraktion soll nicht eingeengt werden; 3. eine mitbe- schließende Körperschaft soll neben dem Parteivorstande nicht geschaffen werden. — Die Parteigenossen von Halle be- schäftigten sich in zwei Mitgliederversammlungen mit dem Chemnitzer Parteitag. Folgende Resolution zur Reorgani- sation der Partei wurde einstimmig angenommen: Die Ge- nossen von Halle-Saalkreis beantragen: 1. einen einheitlichen Beitrag von 10 Pfg. für männliche und 5 Pfg. für weibliche Mitglieder einzuführen; 2. an Stelle des vorgeschlagenen Parteiaussschusses einen Beirat von 7—9 Personen zu wäh- len. Der Beirat wird auf dem Parteitag gewählt. 3. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion sind, wie bisher, berech- tigt, am Parteitag teilzunehmen. 4. Die Rechte der Kontroll- kommission dürfen nicht beschränkt werden. Außerdem wurde mit knapper Mehrheit eine Resolution angenommen, die eine Änderung des Punktes 6 unseres Parteiprogramms bezweckt. Es wird darin verlangt, der Parteitag möge den Wunsch aussprechen, daß die Parteioorganisation auch auf dem Ge- biete der Religionsbekämpfung ihre Pflicht erfülle.“

Parteiliteratur. Im Verlag der Wiener Volks- buchhandlung ist soeben erschienen „Der Wiener Hochverratsprozeß“. Es ist der Bericht über die Schwurgerichtsverhandlung gegen Andreas Scheu, Hein- rich Oberwinder, Johann Most und Genossen, welchen Heinrich Scheu neu herausgegeben hat, der einst mit seinen Brüdern in der ersten Linie unserer Arbeiterbewegung stand. Die Veröffentlichung macht ein wichtiges Quellen- werk zur Geschichte der Anfänge der österreichischen Arbeiter- bewegung wieder zugänglich und wird schon wegen der an- geklagten Personen, die auch in der deutschen Bewegung eine Rolle gespielt haben, in Deutschland großem Interesse be- gegnen. Das Buch gewinnt dadurch sehr an Wert, daß Ge- nosse Karl Renner in einer ausführlichen Einleitung und in einem Nachwort einen Abriss der politischen und sozialen Entwicklung Österreichs von 1848 bis 1907 gibt. Das elegant ausgestattete Werk umfaßt 870 Seiten und kostet gebunden 7 Mk. Es ist auch in 27 Lieferungen à 20 Pfg. zu beziehen.

Die wirtschaftliche Lage der Bureau- angestellten in städtischen Betrieben.

Die städtischen Verwaltungen der großen und mittleren Städte haben infolge des riesenhaften wirtschaftlichen Auf- schwunges der deutschen Industrie und des Handels und der dadurch herbeigeführten Zusammenhaltung großer Menschen- massen in den Industrie- und Handelszentren eine große Zahl neuer sozialpolitischer und kommunaler Aufgaben zu- gewiesen bekommen. Nicht nur, daß dadurch die eigentlichen Verwaltungsgeschäfte und damit die städtischen Bureaus immer umfangreicher geworden sind, auch die Vermehrung der eigenwirtschaftlichen und kommunalen Betriebe hat die immer weitere Ausdehnung des Verwaltungsmechanismus bedingt. Viele Groß- und Mittelstädte haben heute in den umfangreichen Bureaus für die Steuer- und Armenverwal- tungen besondere Bureaus für soziale Versicherungs- und Ge- werkschaften und für viele andere Zweige kommunaler So- zialpolitik. Daneben bedingen die Eigenbetriebe, nament- lich Gas- und Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Straßen- bahnen u. a. ebenfalls einen umfangreichen Verwaltungs- apparat. Die Bureauarbeit in diesen Verwaltungen wird aber nur zu einem Teil von Personen verrichtet, denen die Beamteneigenschaft verliehen ist. Zu einem sehr erheblichen Teile werden diese Arbeiten von Bureauangestellten geleistet, die auf Privatrechtsvertrag beschäftigt sind. Die Lage die- ser Privatangestellten ist weit ungünstiger als die der mit ihnen zusammenarbeitenden Beamten. Ihre Lebenshaltung bewegt sich, selbst wenn sie mit qualifizierteren Arbeiten be- schäftigt werden, weit unter der der Unterbeamten. An einer Organisation dieser Beschäftigten fehlt es gänzlich. So ist es denn dahin gekommen, daß die Entlohnungsver- hältnisse dieser Angestellten weit unter denen der Gemein- dearbeiter stehen, daß in vielen Städten der Bureauangestellte in Gemeindebetrieben niedriger entlohnt wird, als der letzte Straßenkehrer. Die Gemeindeverwaltungen, deren Eigen- betriebe von rein kapitalistischem Gesichtspunkte geleitet werden, haben für diese Angestellten nichts übrig. In den Gemein- deverwaltungen, in denen Grundbesitzer und Großkapitalisten dank des Dreiklassenwahlrechts das Heft in Händen haben,

Er war nicht zu Hause. Sie fühlte sich verlassen wie noch nie. Sie lehnte sich nach ihm.

Der Abend kam, die Nacht. Im Vorderhause war alles hell erleuchtet, Gesellschaftsabend. Sogar Wagen, vornehme Wagen, keine Mietkutschen fuhren in die Eingangshalle. Des- halb hatte Matthias heute mit ihr gesprochen, damit sie das Fest nicht ohne mit ihrer Gegenwart.

Ja, was es denn eine Schande, seinen schönen Besitz gehabt, auf seinem eigenen Grund und Boden gefessen zu haben? Ist denn das nicht das vornehmste gewesen zu allen Zeiten?

Aber sie hatte ja selber nicht daran geglaubt, und ihren Stand verachtet. Kann sie es denn jetzt den Leuten verden- ken, dem zusammengelaufenen Volke, das sein Lebtag kein eigenes Dach über dem Kopfe gehabt hat? Recht geschieht ihr, ganz recht.

Wenn nur der Johannes endlich käme, auf den Knieen wollte sie ihm alles abtitten, was sie ihm angetan seit Jahren.

Zehn Uhr! Endlich! Da kam er über den Hof. Aber er taumelte ja, seine Kleidung war beschmutzt, besudelt. Er war wohl trant, oder ein Unglück war ihm zugestoßen? Sie eilte ihm entgegen die Treppe hinab, mit einer Sorge um ihn, den sie bis jetzt nicht getrennt.

Johannes — Johannes!

Da stand er vor ihr, schwankend, schmutzbesudelt. Der Hut lag ihm tief im Nacken. Er lachte und lachte.

„Johannes!“ Die Bäuerin schrie den Namen, von Ent- setzen gepackt.

Er war betrunken! Der Bauer vom Wald betrunken! Der Alkoholdampf ging ihm aus dem Munde.

„No, was gibst du denn, Alte? Was schreist denn so? Na i werd do amal — schau da 'nüber, de versteh'n es besser als wir Alt'n. Ja aber —“ Der Bauer sah sie plötzlich starr an. „Was machst denn du da? Warum bist denn na drüb'n in dein'm neu'n Leib'n Kleid?“ Er kicherte selb- sam. „Geht ja hoch her heut! Oder haben s' di gar ver- geß'n?“

„Raus' jagt hab'n s' mich, z'schleht bin i thna. Und des Matthes selb' hat mir's verkünd't.“

Die Bäuerin brach in Tränen aus.

Johannes lehnte sich an die Wand und lachte still vor sich hin. „Kennst du s' jetzt, deine guat'n Freund? A was! Was's wie i, kümmer di net drum. Nur tan Stolz nimma hab'n. I nimma! Grad leb'n von die schön'n Jint'n. O, i hab's jetzt herauf'n, Frau, mi — mir kann nit mehr an.“

(Fortsetzung folgt.)

setzt die Verwaltungen alles daran, ein weiteres Steigen der Steuerlast durch möglichst hohe Gewinne aus den Eigenbetrieben zu verhindern. Diese Blusmacherei geht hier genau so wie in den staatlichen und privaten Betrieben auf Kosten der Beschäftigten. Und alle Beschäftigten, die es nicht verstanden haben, sich durch eine kräftige Kampfsorganisation vor diesen Ausbeutungstendenzen zu schützen, werden in ihrer gesamten Lebenshaltung, namentlich auch durch die andauernde Verteuerung der Lebensbedürfnisse, weiter und weiter herabgedrückt.

Selbst die Stadtverwaltungen der größten Städte, die es lieben, bei offiziellen Festessen und ähnlichen Gelegenheiten mit ihrem sozialen Verständnis und ihrer Arbeiterfürsorge zu prunken, beschäftigen verheiratete Angestellte bei 9- und 10stündiger täglicher Arbeitszeit mit einem Monatsgehalt von 90 bis höchstens 130 Mk. Das durchschnittliche Gehalt beträgt 100 bis 110 Mk.

In den Mittelstädten sind die Gehälter noch niedriger. Hier sind Gehälter von 60 bis 75 Mk. scheinbar Selbstverständlichkeiten. Auf Anstellung als Beamte haben diese Angestellten nicht zu rechnen. Denn es sind genügend Militäranwärter und Söhne der Stadtverwaltung beherrschenden Vorstände da, die auf einen Posten warten. Hier und da wird allerdings den Angestellten Pensionsfürsorge versprochen, aber ohne Rechtsanspruch. Die Rechtsverhältnisse der Angestellten sind vollkommen ungeregelt. Die Rechtsprechung hat ihnen sowohl den Schutz der Gewerbeordnung wie den des Handelsgesetzbuches abgesprochen, sie sind lediglich, wie auch die übrigen Bureauangestellten, auf die dürftigen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches angewiesen.

In letzter Zeit scheint es nun aber doch, als ob es auch unter diesen bisher so geduldeten Angestellten zu tagen beginnt. In einigen Großstädten hat sich eine erhebliche Zahl von ihnen in den letzten Jahren dem Verband der Bureauangestellten angeschlossen. Es ist den Bemühungen der Organisation z. B. in Stuttgart gelungen, das Gehalt, das bisher, ohne daß Steigerungen vorgesehen waren, zwischen 1260 und 1860 Mk. schwankte, auf ein Anfangsgehalt von 1400 Mk. steigend bis 2000 Mk. heraufzurufen.

Es ist zu hoffen, daß es in immer mehr Städten gelingen wird, diese bisher von dem Organisationsgedanken noch nicht erfaßte Angestelltenschaft aufzurütteln zum Kampfe um bessere Existenzbedingungen.

In den süddeutschen Städten, wo ja zumeist nicht mehr das Dreiklassenwahlrecht, sondern das allgemeine Proportionalwahlrecht eingeführt ist, sind zwar die Anstellungsbedingungen nicht besser, es wird aber hier weit eher möglich sein, Erfolge zu erringen. Denn die Zahl und der Einfluß der Arbeitervertreter in den Städtetorordnungsverwaltungen und teilweise auch im Magistrat ist groß genug, um den berechtigten Wünschen der Angestellten Gehör zu verschaffen. In Preußen und Sachsen und anderen verpreußten Bundesstaaten wird allerdings der Kampf um so schwieriger sein. Aber wenn es gelingt, diese Angestellten der Organisation zuzuführen, so werden auch die Erfolge in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht nicht ausbleiben.

Gewerkschaftsbewegung.

Die katholischen Arbeitervereine, die bekanntlich die Arbeiterorganisationen nach dem Herzen der Richtung Oppersdorf-Roeren darstellen und deren Fachabteilungen die Gewerkschaften ersetzen sollen, werden in der Nummer 16 des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ einer vernichtenden Kritik unterzogen: Trotz andauernden Wachstums der Verbände mit dem Sitz in Berlin angehörenden Einzelvereine ist die Mitgliederzahl seit drei Jahren auf etwa 128 000 stehen geblieben, die Einnahmen und Ausgaben dagegen haben sich erheblich vermindert. Der Verband hat sich gezwungen gesehen, bei den Fachabteilungen eine Erschwerung des Bezugs der Unterstützungen eintreten zu lassen, wodurch die Unterstützungen von 325 000 im Jahre 1910 auf 254 000 im Jahre 1911 zurückgegangen sind. Der Artikel, der von dem Berliner Vorsitzenden des christlichen Gewerkschaftsartikels, J. Beder, verfaßt ist, behauptet, daß der Berliner Verband ohne seine Sterbefälle nicht zusammenzuhalten sein würde, da sehr viele Vereine die Mitgliedschaft nur deshalb nicht aufgeben, weil damit zugleich die Inanspruchnahme auf die Sterbeunterstützung verloren ginge. Sie würden aber bald erkennen müssen, daß diese Sterbefälle garnicht mehr existenzfähig seien: Die Einnahmen wiesen seit 1909 eine rückläufige Bewegung auf, während die Ausgaben andauernd stiegen. Die Finanzverhältnisse ließen tatsächlich bereits vor dem Bankrott. Weiter behauptet der Artikel, daß von den über 100 000 Arbeitervereinsmitgliedern der Gattung „Sitz Berlin“ kaum 10 000 den Fachabteilungen angeschlossen seien. Die Einnahmen der Fachabteilungen seien von 226 000 auf 154 000 von 1910 auf 1911 gefallen, die Ausgaben von 227 000 auf 127 000. Das letztere sei ein Glück für die Gesamtverbandsbilanz in 1911 gewesen, da sonst schon in diesem Jahre die öffentliche Meile sich nicht mehr hätte verschleiern lassen. Wenn schließlich der Artikelschreiber den Mitglieder- und Vermögenszahlen der katholischen Fachabteilungen die Zahlen der christlichen Gewerkschaften gegenüberstellt, so gebietet die Konsequenz, daß man wiederum den Zahlen der christlichen Organisationen die Millionenzahl und Reinenfinanzen der freien Gewerkschaften entgegensetzt, woraus sich dann gegenüber den freien Gewerkschaften die gleiche Bedeutungslosigkeit der christlichen Verbände ergibt, die das christliche Zentralblatt den katholischen Fachabteilungen nachweist.

Schwarzer oder roter Terrorismus? Die ganze Zentrumsprelle behauptet immer, die freigewerkschaftlichen Organisationen zwingen die andersgesinnten Arbeiter unter Androhung und Ausübung von Gewalt oder wirtschaftlicher Nachteile, in die freien Verbände einzutreten. Wir sind heute in der Lage, diese Lügengeschichten von einem Zeugen beleuchten zu lassen, den auch die Zentrumsblätter als völlig einwandfrei gelten lassen müssen, nämlich von dem Vizepräsidenten eines katholischen Gesellenvereins. Dieser Herr hat an den Vater eines jungen Mannes, der in Mainz Mitglied des katholischen Gesellenvereins ist und einer freien Gewerkschaft beiträgt, folgenden Brief geschrieben: Mainz, 30. Juli 1912. Sehr geehrter Herr! Leider muß ich Ihnen heute eine Mitteilung machen, die Ihnen wenig Freude machen wird. Ihr Sohn, welcher Mitglied des hiesigen Gesellenvereins ist, ist nämlich der sozialdemokratischen Gewerkschaft beigetreten, angeblich, weil er so viel von den andern gequält wurde. Aber es sind noch 3 Mitglieder des Vereins in derselben Firma beschäftigt — er hätte gar keinen Grund zu diesem Schritte. Als guter christlicher Vater glaube ich, werden Sie dies auf keinen Fall dulden und nicht ruhen, bis er mit seinen Abmeldebescheid, seinen Austritt aus diesem Verbande erklärt hat. Sollte dies jedoch innerhalb einiger Zeit nicht geschehen, so würde ich mich genötigt sehen, ihn aus dem Hause (katholisches Gesellenhaus) D. Reb.) und aus dem Vereine (Katholischer Gesellenverein) D. Reb.) auszuweisen. Doch ich glaube, Ihr entschiedenes Wort wird mich nicht zu diesem Schritte zwingen. Sie werden es nicht dulden, daß Ihr Sohn dem Unglauben anheimfällt. Indem ich einer baldigen Antwort entgegensehe, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung Respekt, Vizepräsident, Pfarrhaus St. Peter. — Der Brief ist ein Schulbeispiel für den Ultra-

montanismus. Erreicht der Vizepräsident aber sein Ziel nicht, wird seine Anmaßung und Aufdringlichkeit zurückgewiesen, dann wäre „ein neuer Gewalttätiger der roten Gewerkschaftler“ fertig, wenn nicht ein glücklicher Zufall uns diesen Brief in die Hände gespielt hätte.

Verbandsrat des deutschen Fabrikarbeiterverbandes. Die Sitzung am Sonnabend begann mit der Feststellung des Resultates der Delegiertenwahlen zum internationalen Kongress 1913. Dann wurde nach langer Beratung ein Gehaltsregulativ für die Beamten des Verbandes auf Grund der Vorlage der Kommission mit folgenden Gehaltsstufen festgestellt: Das Anfangsgehalt für die Mitglieder des Vorstandes und den Redakteur beträgt 2400 Mark, steigend um jährlich 150 Mark bis zu einem Höchstgehalt von 3300 Mk. Das Anfangsgehalt der Gauleiter und Agitationsleiter beim Hauptvorstand beträgt 2200 Mark, steigend jährlich um 120 Mark bis zum Höchstgehalt von 3000 Mark. Bureauangestellte beim Hauptvorstand erhalten ein Anfangsgehalt von 2000 Mark, steigend jährlich um 100 Mark bis zum Höchstgehalt von 2700 Mark. Die Steigerungssätze treten mit 1. Oktober 1911 in Kraft. Der Vorsitzende des Ausschusses erhält pro Jahr eine Entschädigung von 50 Mark. Die Zahlstellen sind gehalten, die Gehälter ihrer Beamten nach folgenden Grundstufen zu regeln: Agitationsleiter, Geschäftsführer erhalten ein Anfangsgehalt von 2200 Mark, steigend jährlich um 120 Mark bis zum Höchstgehalt von 3000 Mk. Hilfskassierer und Bureauangestellte erhalten ein Anfangsgehalt von 2000 Mark, steigend um jährlich 100 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2700 Mk. Für Zahlstellen, die die erforderliche Mitgliederzahl zur Einhaltung der vorgeschriebenen Gehaltsstufen nicht haben, gelten folgende Mindestsätze: Für Agitationsleiter und Geschäftsführer Anfangsgehalt 1800 Mk., steigend um jährlich 100 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2400 Mk. Für Hilfskassierer ein Anfangsgehalt von 1800 Mark, steigend um jährlich 50 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2200 Mark. In Streitfällen entscheidet der Vorstand, nach welchen Grundstufen das Gehalt festzusetzen ist. Die Steigerungssätze treten mit 1. Oktober 1911 in Kraft.

Weiter steht das Regulativ Ferien, soziale Fürsorge in Krankheits- und Sterbefällen und Übernahme der Beiträge für die zwangsweise Privatbeamtenversicherung der Beamten auf die Verbandskasse vor. Die Abstimmung über das Regulativ war eine namentliche und ergab 119 Stimmen ja, 50 Stimmen nein, 16 Stimmenthaltungen. Bei der Vorstandswahl wurden die alten Mitglieder des Vorstandes sowie der Ausschussvorsitzende Bruns-Wandbeck einstimmig wiedergewählt. Als Ort für den nächsten Verbandstag 1914 wurde Stuttgart gewählt. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Sämtliche Neuerungen des Statuts sowie alle anderen Beschlüsse, abgesehen vom Gehaltsregulativ, treten am 1. Okt. dieses Jahres in Kraft. Nach Abschiedsworten der ausländischen Gäste und einem begeisternden Schlußwort des Vorsitzenden trennten sich die Delegierten auseinander.

Aus dem Gerichtssaal.

Todesurteil gegen einen siebzehnjährigen Mörder. Ein siebzehnjähriger Bengel, der vor Gericht in kurzen Hosen erschien, ist in Paris zu Tode verurteilt worden. Der Bursche, ein gewisser Marcel Rouches, hatte am 1. März seine Tante erwürgt, um sich Geld für das Cinema und andere lebemannliche Vergnügen zu verschaffen. Nach einer Beratung von nur einer halben Stunde befanden die Geschworenen alle Schuldfragen, und Rouches wurde zum Tode verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Gulenburgereien eines patriotischen Jugendführers. Der Führer einer Abteilung der Breslauer Jugendwehr hat bei Gelegenheit einer sogenannten Felddienstaübung an einem schulpflichtigen Knaben unsittliche Handlungen verübt, die eine Bestrafung nach § 175 des Strafgesetzbuches nach sich ziehen. In Breslauer patriotischen Kreisen versucht man die blamable Angelegenheit totzuschweigen. Da aber immer nähere Details in die Öffentlichkeit dringen, wird ein gerichtliches Nachspiel nicht ausbleiben können, was natürlich für die patriotischen Jugendreiter sehr unangenehm ist.

Wenn man „von Gottes Gnaden“ ist. Der Kaiser hat sich am Freitag nachmittag mit seinem Gefolge von der Villa Hügel der Beche „Lothringen“ beggeben, um sich an Ort und Stelle über das Unglück zu informieren und den in Mitleidenschaft gezogenen höchstselbst seine Teilnahme zu bekunden. Das ist, da er so in der Nähe war, begreiflich: er hätte auch nicht gut umhin können, wollte er nicht in den Augen „seines Volkes“ gemüßlos erscheinen. Und nun ist die bürgerliche Presse am Werk, diesen Besuch in einer Weise zu schildern, daß man sich sagen muß, ein gewöhnlicher Sterblicher hätte in einer so kurzen Zeit nicht so viel erleben können. 4 Uhr 45 Minuten kam er im Auto auf der Beche an, und 5 Uhr 25 Minuten ging's wieder fort. Doch man höre und staune, was er, nach der bürgerlichen Presse, in diesen 40 Minuten alles leistete. Zunächst war „außerordentlich herzlich empfungen“; dann ließ der Kaiser, dessen tiefstes Wesen allgemein bemerkt wurde, sich sofort den Grubenvorstand, an dessen Spitze Kommerzienrat Kort, und die anwesenden Herren der Behörde vorstellen. Im Verwaltungsgebäude waren die Grubenarten ausgestellt, wonach dem Kaiser von der Direktion und dem Bergbaupräsidenten Liebrecht die Lage der Unglücksstätte bezeichnet und der Hergang des Unglücks erklärt wurde. Der Kaiser unterbrach den Vortrag durch viele eingehende Fragen. So ließ er sich die Entstehung der Schlagwetter erklären und fragte nach den einzelnen Sicherheitsprengstoffen und der Verwendung des Dynamits. Es wurde gesagt, daß bei Verwendung von Sicherheitsprengstoffen vielleicht das Unglück hätte vermieden werden können, doch sei bei solchen Gefährten die Anwendung des stärker wirkenden Dynamits nicht bergeseftlich verboten. Als der Kaiser forschte, wie die Schlagwetter erkannt würden und ob es dafür Apparate gebe, wurde ihm die Verwendung der Sicherheitslampe gezeigt. Auch ließ er sich den Querschlagbetrieb auseinandersetzen und fragte, wie es mit der Verwendung der Sicherheitsprengstoffe beim Einfahren eines Flözes gehalten würde. Der Kaiser ließ sich darauf zwei Leute der Rettungsmannschaften und zwei Väter verunglückter Bergleute vorstellen. Besonders eingehend befragte er den Bergmann Strauch, der seinen einen Sohn tot aus der Beche geholt hat, und ließ sich genau die Auffindung erzählen und die Eindrücke schildern, die Strauch bei dem Unglück gehabt habe. Er sprach den beiden Vätern sein Beileid aus und beauftragte den Kommerzienrat Kort, dieses auch allen Angehörigen der Verunglückten zu übermitteln. Dann begab sich der Kaiser auf den Zechenplatz zu den dort aufgestellten Rettungsmannschaften und Bergleuten. Er trat sofort auf den geretteten Steiger Kühn zu, den er unter anderem fragte, ob die Verunglückten wohl schwer zu leiden gehabt hätten. Er trat auch noch an vier weitere Bergleute heran, mit denen er ebenfalls längere Zeit sprach. Der Rettungsmannschaft drückte er für ihr Ver-

halten seine Anerkennung aus. Nachdem er sich verabschiedet hatte, wurde um 5 Uhr 25 Minuten die Fahrt nach dem Bergmannsheil in Bochum angetreten. Und das alles in 40 Minuten!

Blutiger Straßentkampf in Moabit. Eine schwere Messerstecherei, bei der eine Person getötet und zwei schwer verletzt wurden, spielte sich Sonnabend abend in Moabit ab. Der 49 Jahre alte Arbeiter Krawiczki wurde, als er von der Laubenkolonie kommend sich in seine Wohnung begeben wollte, in der Gutfenstraße von einer Schar junger Leute angerepelt. Als er sich dies energisch verbat, wurde er verfolgt und zur Rede gestellt. In der Ecke der Gutfen- und Rostocker Straße fielen plötzlich einige junge Burschen über Krawiczki her und verletzten ihn mehrere Messerstiche in den Kopf. Krawiczki zog nun in der Notwehr ein dolchartiges Messer und stach einem seiner Angreifer, dem 21jährigen Arbeiter Otto Stengel aus der Grasmusstraße 17 ins Herz. Der Gefohlene wurde sofort nach der Unfallstation gebracht, wo der diensttuende Arzt Dr. Petuchowski nur den bereits eingetretenen Tod feststellen konnte. Vor der Unfallstation in der Grasmusstraße hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die auf Krawiczki loszuschlug und ihn schwer verletzte. Er hatte, wie auf der Unfallstation festgestellt wurde, zehn Messerstiche erhalten und wurde sofort nach dem Krankenhaus Westend geschafft. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Durch mehrere Messerstiche verletzt wurde auch der Dreher Paul Krauß, der gleichfalls im Krankenhaus Westend Aufnahme fand. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge sammelte sich in der Nähe der Unfallstation an, und es mußte ein größeres Polizeiaufgebot herangezogen werden, um neue Krawalle zu verhindern. Die Leiche Stengels wurde nach dem Schauhause übergeführt.

Hungernde Kriegsveteranen. Der Jammer der ehemaligen Kriegsteilnehmer ist überall der gleiche. Ein großer Teil dieser Leute ist auf ein „Einkommen“ angewiesen, von dem man kaum einen ausgewachsenen Hund ernähren könnte. So wendet sich jetzt auch ein 72 Jahre alter Kriegsteilnehmer in Köln-Sülz, der die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mitgemacht hat, an die Öffentlichkeit. Es ist ihm beim besten Willen nicht möglich, irgend einen Erwerb zu finden, obwohl er sich den Arbeitgebern gegenüber zu jeder Tätigkeit, auch zur Nacharbeit, bereit erklärt hat. Die Armenpflege der reichen Stadt Köln, die für jede Stunde des Kaiserbesuchs im vorigen Jahre 20 000 Mk. hinausgeworfen hat, verlagert gegenüber dem Manne, obwohl seine Frau, die ein Augenleiden hat, auch nichts mehr verdienen kann: Die Leute haben innerhalb drei Monate zweimal 5 Mk. erhalten. Ihr Einkommen besteht aus 15,05 Mk. „Altersrente“ und 10 Mk. „Veteranenlohn“. Von diesen 25 Mk. monatlichen Einkommen gehen 16 Mk. für Miete ab, so daß also 9 Mk. für den Monat oder für den Tag 30 Pfennig bleiben, wovon die Leute sich ernähren und kleiden sollen. Als letztes Rettungsmittel wandte der Greis sich an das königliche Bezirkskommando, aber ohne Erfolg. — Um Weihnachten vergangenen Jahres herum sandte ein 70 Jahre alter Kriegsveteran der Redaktion unseres Kölner Parteiorgans seine sämtlichen Orden und Ehrenzeichen mit folgender Begleitschrift: „Ich teile Ihnen mit, daß es mir bis heute nicht gelungen ist, eine Unterstützung zu erlangen. ... Anbei sende ich Ihnen meine Orden und Ehrenzeichen ein, weil sie mir heute zum Flak geworden sind.“ Unter den Orden befindet sich einer mit der Aufschrift: „Unsern tapfern Krieger 1864“.

Krawall im Krankenhaus. Zu schweren Ausschreitungen kam es im Elisabethkrankenhaus in Kattowich. Einige Kranke hatten sich durch fünf mehrere Flaschen Schnaps verschafft und auch anderen Kranken davon gegeben. Als die Patienten dann beim Abendgebet Standal machten und zur Ruhe verwiesen wurden, fielen sie über den Krankenwärter her, warfen ihn zu Boden und verprügelten ihn, so daß er und die Schwester flüchten mußten. Wegen der Abeltäter ist das Strafverfahren eingeleitet worden.

Fünf Mark Geldstrafe pro katholischen Feiertag! Eine neue allerliebste Seite der preußischen Gefindeordnung wurde dieser Tage vor dem Breslauer Schöffengericht entlockt und ausgeprobt. Am Tage von „Maria Verkündigung“ arbeiteten auf dem Gute Johannsberg die katholischen Arbeiter, soweit sie Ausländer waren, nicht. Als die einheimischen Landleute, die ebenso gute Katholiken sein wollen, das sahen, erklärten sie mittags dem Schaffer, daß sie nunmehr auch den Feiertag heiligen und das Arbeiten einstellen würden. Der hatte als Glaubensgenosse nichts dagegen einzuwenden und erklärte, dem Inspektor die Meldung zu erstatten. Das hat er auch getan, denn einige Tage später erhielten die katholischen Arbeiter je einen Strafbefehl über fünf Mark wegen Arbeitsverweigerung. So viel Christentum war selbst den frommen Katholiken zu arg. Sie suchten und fanden den Weg in den freien Landarbeiterverband, der nunmehr gerichtliche Entscheidung über diese christliche Frage beantragte. Der Anwalt hielt das Vergehen der Arbeiter für erwiesen, denn die preußische Gefindeordnung spreche nur davon, daß den Arbeitern die Sonntage gewährt werden müssen. Die Ausländer hatten sich ihre katholischen Feiertage kontraktlich gesichert, in der preußischen Gefindeordnung aber steht nichts davon. Da es sich aber um eine Gott wohlgefällige Arbeitsverweigerung handelte, beantragte er die Mindeststrafe von 1 Mark! Dieser Bestrafung rettete die Landarbeiter nur der Umstand, daß sie ihre Absicht vorher dem Schaffer mitgeteilt hatten und dieser keinen Einspruch erhob. Die Straftat der „Arbeitsverweigerung“, die die Gefindeordnung vorsteht, war deshalb nicht ganz erfüllt, und es mußte Freisprechung erfolgen. Hätten die Leute ihren katholischen Feiertag ohne besondere Erlaubnis gefeiert, dann hätte sie nichts von der Strafe retten — dafür sorgt die vom Zentrum mit vieler Liebe behütete Gefindeordnung! Leider war es uns nicht möglich zu ermitteln, ob der Gutscherr vielleicht auch ein frommer Katholik ist.

Paul Wallot, der Erbauer des Reichstagsgebäudes, ist Sonnabend in Langenschwalbach im Alter von 72 Jahren verstorben.

Das verlorene Gedächtnis. Ein geheimnisvoller Unbekannter, der sein Gedächtnis verloren hat, mußte in Danzig in Schutzhaft genommen werden. Auf der Kriminalabteilung des dortigen Polizeipräsidiums erschien ein junger Mann von kleiner Statur und zeigte an, daß ihm sein Koffer abhanden gekommen sei. Wo und wie er den Verlust erlitt, vermochte er nicht anzugeben. Als man seine Personalien feststellen wollte, gab er die sonderbare Erklärung ab, seinen Namen und seine Herkunft nicht mehr zu wissen. Er habe am Tage zuvor von einem Unbekannten einen Schlag gegen den Hinterkopf erhalten, und seit dieser Zeit habe sein Erinnerungsvermögen vollständig ausgefallen. Der rätselhafte Unbekannte, der sehr elegante Kleidung und Lackschuhe trug, wurde vorläufig in Schutzhaft genommen und dem städtischen Krankenhaus zugeführt. Auch dort mußte er sein Gedächtnis nicht zurücklangt haben. Er trug Strohhut, schwarzes Jackett, gestreiftes Weinkleid, durchbrochene Strümpfe und ein mit dem Buchstaben K. B. gezeichnetes Taschentuch. Außer dem Taschentuch hatte er nur ein leeres, schwarzes Portemonnaie bei sich. Die Danziger Polizei ist eifrig bemüht, das Dunkel über die geheimnisvolle Person zu lüften.

Meineidsverfahren gegen einen bayerischen Landtagsabgeordneten. Gegen den Zentrumsabgeordneten des bayerischen Landtages, Arbeitersekretär D. S. W. a. l. b., der durch seine Angriffe auf den Verleumdungsminister v. Frauenhofer den Sturz des Ministeriums Bodewitz eingeleitet hat, schwebt nach einer Meldung der „Post“ ein Verfahren wegen Verleumdung zum Meineid. Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtages hat jedoch der Vollversammlung vorgeschlagen, die Erlaubnis zur Strafverfolgung zu versagen.

Von der Lokomotive überfahren. Sonnabend nachmittag wurde der Schmitz Witkowski aus Neuendorf, als er, nachdem die Schranken geschlossen waren, in Kastenburg einen Eisenbahnübergang auf der „Freiheit“ zu überschreiten versuchte, von der Lokomotive eines Güterzuges überfahren und getötet.

Unwetter in der jüdischen Schweiz. In der jüdischen böhmischen Schweiz sind schwere Unwetter niedergegangen. Die Nebenflüsse der Elbe haben mehrere Ufer überflutet und großen Schaden angerichtet.

Über die Benzin-Explosion in der Opel-Garage wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Frankfurt a. M. gemeldet: Der Garagemeister Froesch war damit beschäftigt, drei neu angelieferte Benzinfässer in einen feuerfesteren Lauf abzufüllen, als aus unangelegter Ursache die Explosion erfolgte. Der brennende Inhalt zweier Benzinfässer ergoß sich in den Hof und auf die Straße. Die Flammen schlugen haushoch in die Luft. Durch den ungeheuren Druck der Explosion wurde der verheiratete Buchhalter Göge schwer verletzt, das linke Bein wurde ihm vollständig abgerissen, das rechte Bein zum Teil vom Rumpf getrennt. Außerdem wurde Göge am ganzen Körper schwer verbrannt, so daß er auf der Stelle starb. Garagemeister Froesch wurde ebenfalls schwer verbrannt, desgleichen der Chauffeur Rab, der sich zufällig auf dem Hofe befand. Die Verletzten sind fast vollständig verkohlt, in bewußlosen Zustand wurden sie in das städtische Krankenhaus gebracht. Durch das brennende Benzin, das auf die Straße gelaufen war, wurden die Leitungsdrähte der Straßenbahn zerrissen und durch die Explosion selbst an dem Gebäude großer Schaden angerichtet. Der feuerfeste Lauf im Keller ist verformt geblieben, sonst wäre das Unglück noch viel größer geworden.

Bei einer militärischen Übung bei Münden sind gestern zwei Husaren aus Kassel in der Fulda ertrunken.

Eine eigenartige Krankheit ist in Palermo ausgebrochen. 1200 Personen sind nach dem Genuß von Wasser aus einem ansehnlichen vergifteten Brunnen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Drei Personen sind bereits gestorben. Viele liegen in einem ernsten Zustande darnieder. Die Regierung hat Ärzte und Chemiker nach Palermo entsandt, um eine Untersuchung über die Ursache der Massenvergiftung einzuleiten.

Geistrandet. In der Nähe von Neukrug in der Ostsee ist der eiserne holländische Segler „Ostsee“ mit einer Ladung Steine geistrandet. An Bord befinden sich der Kapitän mit Familie und drei Mann Besatzung. Ob die Leute gerettet werden können, ist noch fraglich, denn es herrscht ein sehr harter Sturm, so daß von Pillau aus kein Bugierdampfer an die Stelle abgehen kann. Das Schiff hat ein bedeutendes Leck erhalten.

Nach einem kurzen Wortwechsel hat in einer Wirtschaft in Düsseldorf der Radrennfahrermeister Käfer aus Heerdt den Hufschmied Keeren erschossen. Der Täter ist verhaftet worden.

Gefahrens-drama. Der 33-jährige Arbeiter Koco aus Breslau hat in Hocht a. M. in einem Anfall von Gierigkeit die 16-jährige Verkäuferin Log in einem Hausflur durch Revolverwunden getötet.

Erschossen wurde auf offener Straße in Gelsenkirchen von zwei Arbeitern ein junger Techniker. Die Täter wurden verhaftet. Jedenfalls ist ein Streik der Laten ausgebrochen.

Brennendes Petroleum. Seit zwei Tagen stehen in Morani bei Wloclaw fünf große Petroleumkannen der Gesellschaften von Siedel und „Hirta“ in Flammen. Bisher sind fünf Personen verunglückt. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Die Kasse der Ribalin. Die Primadonna des Theaters in Warschau, Ribalin, erhielt aus Hume eine Sendung von Aukern, nach deren Genuß sie unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankte. Es wurde durch die Polizei festgestellt, daß eine Ribalin die Abblenderin der Aukern war.

Der Dänische Döns ist bekanntlich in Marokko ermordet worden. Nun wird bekannt, daß er einer Verdrängung begegnete, die teils zu Fuß, teils beritten, die Umgegend von Marrakech durchstreifte, und von ihr ermordet wurde. Der Eigentümer des Döns, in dem die Leiche gefunden worden ist, erklärt, die Verwundungen seien zu haben. Er habe die Leiche in einem Zirkel von Verdrängern zu haben. Er habe die Leiche in einem Zirkel von Verdrängern zu haben. Er habe die Leiche in einem Zirkel von Verdrängern zu haben.

Mit einem Ballon in den Dreck gehallen. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Am Sonnabend vormittag 10 Uhr flogen hier die drei Militärflieger, Oberleutnant Ramm als Führer, Hauptmann Andersen und Oberleutnant Brandt, mit dem Ballon „Danmark“ zu einer Übungsjahrt an. Nachdem der Ballon ungefähr eine halbe Stunde in südlicher Richtung geflogen war, begann plötzlich aus unbekannter Ursache das Gas aus der Hülle zu strömen, und der Ballon fiel bald darauf in der Nähe der Insel Salholm in den Sund. Der Ballon wurde bei dem Sturz und dem hohen Sturzgeschwindigkeit auf dem Wasser zerlegt und zerlegt. Nachdem die Offiziere etwa eine Stunde lang in größter Lebensgefahr geschwebt hatten, wurden sie von einem Dampfer aufgenommen und um 12 Uhr in Kopenhagen gelandet. Später konnte auch der Ballon von einem Dampfer geborgen werden. Man nimmt an, daß der Unfall auf ein technisches Versagen zurückzuführen ist.

Lebensepidemie in Schweden. In der Stadt Lönneby in eine schwere Lebensepidemie zum Ausbruch gekommen, die bereits 500 Opfer gefordert hat, davon 60 unter den letzten Trümpfen. Da vermutet wird, daß die Ursache der Epidemie auf schädliches Trinkwasser zurückzuführen ist, haben die Behörden die Sterilisation des Trinkwassers angeordnet. Ferner ist die Stadtwahlung damit beschäftigt, eine geeignete, den modernen hygienischen und sanitären Anforderungen entsprechende Trinkwasseranlage zu beschaffen. Infolge des außerordentlich raschen Abnehmens der Opfer der Epidemie hat sich in der Bevölkerung eine große Unruhe bemerkbar gemacht. Zahlreiche Einwohner haben die Stadt bereits verlassen.

Ein neues Erdbeben hat Sonnabend die Türkei heimgesucht. Dasselbe hat insbesondere das Dardanellengebiet schwer betroffen. Viele Häuser sind in Konstantinopel eingestürzt, darunter das Haus des persischen Konsuls, sowie zwei angrenzende Gebäude, in denen eine das türkische

ungarische Konsulat seinen Sitz hat. Die Moschee, die griechische Kirche sowie das englische Konsulat wurden beschädigt. Die Mauern und Fassaden der am Meere gelegenen Häuser wurden weggerissen. Längs des Kais, zwischen dem österreichischen und dem englischen Konsulat, wies der Boden große Risse auf. Der Kai ist an mehreren Stellen vom tosenden Wasser überflutet, welches auch die Spalten füllt. Sämtliche Straßen sind mit Trümmern bedeckt. Viele Personen wurden getötet. Auch die Landhäuser wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Stadt Gallipoli wurde noch mehr heimgesucht. Die Bevölkerung kampiert im Freien. Ganos und mehrere andere Orte an der Küste des Marmarameeres wurden durch Erdstöße in Trümmer gelegt. Eine Flussexpedition ist dorthin abgegangen. In Adrianopel wiesen mehrere Häuser Risse auf. Über das Schicksal Rodostos fehlen nähere Nachrichten. Verletzte, die in Konstantinopel eingetroffen sind, erzählen erschütternde Einzelheiten über die Erdbebenkatastrophe in Myriophiton, Ganos, Chora und Peristeri. Mehrere Brände brachen in Myriophiton aus, das vollständig in einen Trümmerhaufen verwandelt wurde. — Durch Reisende und Briefe trafen gestern endlich nähere Nachrichten über die Erdbeben-Verheerungen in Adrianopel, Philippopol, Rodosto und Lacusi in Konstantinopel ein. In Adrianopel ist das Beben noch glimpflich abgelaufen, nur Mauern und Schornsteine stürzten ein. Dagegen ist Tchorlo sehr mitgenommen, besonders infolge einer Feuersbrunst. Die Bevölkerung, deren sich eine furchtbare Panik bemächtigte, war für Löscharbeiten nicht zu haben, infolgedessen brannten mehr als 300 Gebäude nieder. Die Erdstöße dauern fort. Der Boden zeigt große Risse, aus denen Gase und kochendes Wasser strömen. Viele Dörfer mit Hunderten von Häusern wurden total verschüttet. Die Besatzung des nachmittags eingetroffenen Dampfers „Marmara Express“ bestätigt, daß das etwa tausend Gebäude zählende Myriophiton bis auf ein Kasino völlig zerstört ist. Die unter den Trümmern liegenden Toten und Verwundeten werden auf über tausend geschätzt. Der Dampfer war infolge der starken Rauchwolken und der Flammen an der Landung gehindert. Vom Wasser aus konnte man 13 zerstörte Dörfer sehen. Die jüngsten Nachrichten beziffern die Zahl der Opfer des Erdbebens auf tausend Tote und zweitausend Verwundete. Fast die gesamte Bevölkerung in den gefährdeten Ortschaften ist geflüchtet. Der Galata-Kai in der türkischen Hauptstadt macht zeitweilig durch die Massen der dorthin gebrachten Verwundeten den Eindruck eines fliegenden Lazarets. An vielen Orten sind auch die Quellen vergiftet, so daß die Menschen nicht nur ohne Brot, sondern auch ohne Wasser sind. Von den Dardanellen-Forts sind verschiedene schwer beschädigt. Die furchtbaren Wirkungen des Erd- und Seebebens erstreckten sich nicht nur auf die Küstenorte des Marmara-Meeres und der Dardanellen, sondern bis tief in das Innere der europäischen Türkei hinein.

Sozialdemokrat ist nicht
der, welcher am Viertisch räsoniert,
sonst aber nichts tut, sondern

Sozialdemokrat ist nur
wer für die Arbeiterfrage täglich mit-
arbeitet, seiner Organisation
angehört, vor allem aber auch

das Parteiblatt liest.

Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt
sich auch nicht damit, sein Parteiblatt zu
abonnieren, er wirkt täglich, stündlich auch
noch für dessen weitere Verbrei-
tung. Er wirbt und agitiert unab-
lässig für den

„Lübecker Volksboten“

Ein eigenartiges Versehen. Eine Mutter, die durch die Begleitumstände einem vorbedachten Morde verweigert ähnlich liegt, erregt in New York großes Aufsehen. Als der Baumwollmüller Matthew O' Callaghan am Freitag gegen Morgen in seine Wohnung zurückkehrte, gab er auf seine Frau mit seinem Revolver mehrere Schüsse ab, die diese tödlich verletzten. Als die Polizei in die Wohnung eintrat, fand man die Frau blutüberströmt im Wohnzimmer. Sie gab noch einige schwache Laute von sich und verschied. Eine Kugel hatte sie am Hinterkopf schwer verwundet, während eine zweite in die Schläfe eingedrungen war. Der dritte Schuss triefte nur die Schulter und verlegte sie unerheblich. Als sich die Beamten in das anstoßende Zimmer begaben, um nach dem Gatten der ermordeten Frau zu suchen, fanden sie ihn friedlich in seinem Bette schlafend. Als er gemerkt und über den Mord befragt wurde, jagte er: Ich hielt sie, als ich nach Hause zurückkehrte, für einen Verbrecher. Zur Rückfrage greifend, rief ich der vor mir liegenden Person zu: Wilt du es, Libby, so sage es, wenn du nicht gleich antwortest, schlage ich. Da ich keine Antwort erhielt, feuerte ich mehrere Schüsse ab, da ich einen schrecklichen Juturn ein. Ich mußte vor Verzweiflung nicht, was ich tun sollte, und begab mich in mein Bett.

Was ist freisinnig? In dem Buche „Ernstes und Seltes“ von C. Frey findet sich folgende amüsante Beantwortung der Frage „Was ist freisinnig?“: „Ein Österreicher und ein Berliner freisinniger kommen zwischen Bodenbach und Dresden miteinander ins Gespräch. „Na, wen haben Sie denn gewählt?“ — „Ich bitt' schön, ich hab gar nüt g'wählt.“ — „Das ist ja eine Sünde; warum haben Sie nicht gewählt?“ — „Ich bitt' schön, wen soll ich nachha wählen?“ — „Na, den freisinnigen natürlich.“ — „San Sie denn freisinnig?“ — „Mit Herz und Seele.“ — „Ich bitt' schön, was ist eigentlich freisinnig?“ — „Freisinnig? hm, ja, also, nämlich, wenn einem die Regierung nicht direkt paßt, und wenn einem die Justiz nicht direkt paßt, und wenn einem die Gesehe nicht direkt passen, und wenn einem die konfessionellen Verhältnisse nicht direkt passen, überhaupt, wenn einem der ganze Staat nicht direkt paßt, dann ist man eben freisinnig, verstehen Sie?“ — „Ich bitt' schön, i dacht, dann ist man Sozialdemokrat.“ — „hm, ja, allerdings, sozusagen; aber wenn einem dann die Sozialdemokratie nicht direkt paßt, sehen Sie, dann ist man eben freisinnig.“

Genossenschaftsbewegung.

Die Rabattsparevereine und die Bedeutung der Konsumvereine. Bei der Tagung der Rabattsparevereine, die kürzlich in Steftin stattfand, spielte, wie das nicht anders zu erwarten war, auch die Besteuerung der Konsumvereine eine Rolle. Außer dem Referenten sprach dazu auch noch der unvermeidliche Herr Hammer, der der Meinung Ausdruck gab, der Preussische Landtag werde im Herbst zu einer eingehenden Beratung der Steuergesetze nicht Zeit haben und der Antrag Hammer könne nicht auf Annahme rechnen, er würde jedoch unbedingt wieder eingebracht werden. „Die Herren von den Konsumvereinen“, sagte er, „müßten es sich gesagt sein lassen, daß die Konserativen den Mut nicht finden lassen.“ Die Herren nahmen selbstverständlich auch eine Resolution an, die folgenden Wortlaut hat: „85 070 im Verbands der Rabattsparevereine Deutschlands organisierte Kaufleute und Handwerker bitten — in der Überzeugung, daß sich der gesamte deutsche Mittelstand mit ihnen solidarisch erklärt — die gesetzgebenden Körperschaften der preussischen Monarchie dringend, bei der demnächstigen Weiterberatung und Verabschiedung der Novelle zum Einkommensteuergesetz dahin wirken zu wollen, daß, soweit eine Besteuerung der Konsumvereine in Frage kommt, die in der ersten Kommissionsberatung formulierten Bestimmungen endgültig Annahme finden.“ Der gegenwärtige, durch die Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts geschaffene Zustand ermöglicht es den Konsumvereinen, sich der Einkommensteuer mit ihren Gewinnen fast ganz zu entziehen, was auch darin seine Bestätigung findet, daß im Jahre 1911 von 937 preussischen objektiv steuerpflichtigen Konsumvereinen 270 Vereine, also mehr als 25 Proz., zur Einkommensteuer überhaupt nicht veranlagt waren, während ein großer Teil der übrigen Vereine nur zirka 1 Proz. ihres Umlages als steuerpflichtiges Einkommen deklarieren haben. Dieser Umstand wird als eine ungerechte, vom Gesetzgeber nicht gewollte Bevorzugung der Konsumvereine gegenüber dem selbständigen Detailhandel empfunden. Wir geben der zuverlässigen Erwartung Ausdruck, daß unsere Entschließung bei allen bürgerlichen Parteien gebührende Berücksichtigung finden möge.“ — Daß die Steuerleistungen der preussischen Konsumvereine trotz alledem sehr erheblich sind, während Tausende von landwirtschaftlichen Genossenschaften keine Steuer zahlen, wissen die Herren Rabattsparevereine natürlich sehr gut; denn sie pflegen die Konsumvereinspresse aufmerksam zu lesen, und dort ist reichliches Zahlenmaterial veröffentlicht worden. Das hält die Herren aber nicht davon ab, eine Resolution zu beschließen, in der durch künstliche Zahlenzusammenstellungen der Eindruck erweckt werden soll, als gingen die Steuerleistungen der Konsumvereine rapid zurück. Trotz der angeblichen Bevorzugung der Konsumvereine zahlen diese immer noch mehr Steuern, als Händler an ihrer Stelle zahlen würden. Den Herren von den Rabattsparevereinen kommt es aber auch nicht darauf an, daß die Konsumvereine ebenso besteuert werden wie die Händler. Sie wünschen, wenn sie es auch nicht immer offen aussprechen, im Grunde doch stets eine Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 10. August.

Bauern-Butter Bfd. 1,35—1,40 Mk., Meierei-Butter Bfd. 1,45—1,50 Mk., Hasen —, Mk., Enten 3,00—4,00 Mk., Hühner 1,80—2,80 Mk., Küken Stück 1,—1,60 Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse — Bfd. — Mk., Guckgans — Mk., Schinken Bfd. 1,00—1,15 Mk., Schweinskopf Bfd. 60 Pf., Würst. Bfd. 1,30—1,50, Eier Stck. — 8½ Pf., Geringe — Pf., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen Bfd. — Mk., Geräuch. Lachs Bfd. 1—2 Mk., Schleie 1,10—1,20 Mk., Brachsen —, 60 Pf., Hechte Bfd. — Pf., Barsche Bfd. 60 Pf., Kal Bfd. 0,00—1,00 Mk., Karasfische Bfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl der Kopf 20—40 Pf., Kohl 100 Pf. — Mk., Gurken 100 Pf. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pf. — Mk., Kefel, verschiedene pr. 100 Pf. —, — Mk., Blumen, pr. 100 Pf. 20—40 Pf., 50—60 Pf., Kartoffeln 10 Pf. 50 bis 60 Pf., Mand. Bfd. — Pf., Steinbutt, lebende Bfd. 60—70 Pf., Spargel 1. Sorte 00—00 Pf., 2. Sorte 00 Pf. 3. Sorte 00—00 Pf.

Getreidepreise.

Lübeck, 01. August.

Weizen, 128—134 Pf. holl. —, — Mk., Roggen 120—125 Pf., holl. 185—190 Pf., Gerste, nach Qualität 200—208 Pf., Sater, nach Qualität, 197—202 Pf., alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 10. Aug.

Auftrieb 2046 Schweine. Markt sehr flott geräumt. Überfland — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pf., Tara 20 Proz., 79,— bis 80,— (63,— bis 64,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pf., Tara 20 Proz., 79,— bis 80,— (63,— bis 64,00 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pf., Tara 22 Proz., 80,— bis 81,— (62,50 bis 63,— Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pf., Tara 22 Proz., 79,50 bis 81,00 (62,— bis 63,— Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 72,— bis 78,— (64,50 bis 69,50) Pf., Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 75,— bis 76,00 (60,— bis 61,00) Pf., Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 70,00 bis 73,00 (64,50 bis 67,00) Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.